

# Arbeiter-Zeitung

**Wochen  
ausgabe 15**

für Schlesien

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzstr. 40. Telephon 460 88. Wirtsch. Red. Breslau 544. Redaktion: Breslau 10, Kreuzstr. 40. Telephon 460 02. Sprechzeit der Redaktion von 12-18 Uhr. Montag bis Freitag von 17-19 Uhr. Samstag von 8-19 Uhr. Geschäftsstunde: Breslau, Montag bis Freitag von 8-19 Uhr. Geschäftsstunde: Breslau, Montag bis Freitag von 8-19 Uhr. Geschäftsstunde: Breslau, Montag bis Freitag von 8-19 Uhr. Geschäftsstunde: Breslau, Montag bis Freitag von 8-19 Uhr.

## Das Volk im Kampf!

Hunderttausende in den kommunistischen Rundgebungen im ganzen Reich / Die SPD, Führerin im Volkskampf gegen Tributknechtschaft und Hungerkurs

### Das rote Berlin marschiert gegen alle Volksfeinde

Berlin, 12. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Gestern abend sprach der Führer der kommunistischen Partei, Genosse Thälmann, zu dem Berliner Proletariat. Der riesige Raum des Sportpalastes war überfüllt. Viele Tausende fanden keinen Einlaß mehr. Die vorgesehene Paradedemonstration auf dem Wintersfeldplatz konnte wegen polizeilichen Verbots nicht stattfinden.

Genosse Thälmann richtete an die SPD-Arbeiter den Appell, Schulter an Schulter mit uns gegen Brünning zu kämpfen, der von den kampfbegierigsten Massen stürmisch aufgenommen wurde.

Kurz vor Betreten des Sportpalastes ist Genosse Thälmann von den Severing-Gardisten verhaftet, zur Polizeiwache geschleppt und nach einer Selbstinspektion wegen Waffen wieder freigelassen worden.

### In Hamburg und Leipzig

Ebenso wie in Berlin wurden auch in Hamburg und Leipzig riesige Kundgebungen der SPD durchgeführt. Am 11. Juni fand im größten Saal Hamburgs, bei Sagebiel, eine überfüllte Kundgebung statt. Der Genosse Hornle, WdK, sprach über die Rotverordnung und der Genosse Meyer von der „Hamburger Volkszeitung“ über den SPD-Parteitag. Tausende von Arbeitern kamen nicht mehr in den Saal und mußten umkehren. Die umliegenden Straßen waren bis in die späten Abendstunden von Menschenmengen angefüllt. Nach Schluß der Kundgebung kam es in den Straßen zu Zusammenstößen, bei denen mehrere Personen schwer verletzt sein sollen.

In Leipzig fand im Riesenaal des Zoo ebenfalls eine Massenkundgebung der kommunistischen Partei statt, in der der Genosse Jacobs über das Thema „Brünnings Sieg auf dem SPD-Parteitag — Die Hungernotverordnung die erste Antwort der Bourgeoisie“ referierte. Die Versammelten waren von großer Kampfbegiertheit erfüllt. 40 neue Kämpfer für die revolutionären Massenorganisationen, darunter 25 Kennzeichnahmen für die SPD, waren der organisatorische Erfolg. Im Verlauf der Kundgebung traten 4 sozialdemokratische Arbeiter als Antwort auf den Leipziger Parteitag der SPD zur SPD über.

Am Donnerstag drangen in der Hauptgeschäftsstraße, in der Petersstraße, Erwerbslose in eine Konditorei ein und bemächtigten sich der dort ausgestellten Schwaben.

In einer Großfleischerei erschienen die Erwerbslosen und verlangten Wurst. Nach Erhalt der Waren erklärten sie „das Fürsorgeamt bezahlt es“.

### In Erfurt

Erfurt, 12. Juni. (Eig. Ber.)

Am Mittwoch fand in Erfurt eine gewaltige Protestdemonstration gegen Brünning und seine Rotverordnung statt, die sich gleichzeitig gegen das Auftreten des Nazi-Gaebbels am selben Tage in Erfurt richtete.

Am Donnerstag fanden vor dem Arbeitsamt erneut Demonstrationen statt. Nazis, die Erwerbslose provozierten, wurden in die Klücht geschlagen. Am Nachmittag fand eine Erwerbslosenversammlung statt. Nach Schluß der Versammlung wurden die Erwerbslosen mit dem Gummiknüppel auf der Straße attackiert. Es kam wiederholt zu spontanen, erregten Demonstrationen, die bis in die späten Nachmittagsstunden andauerten.

### In Frankfurt

Frankfurt a. M., 12. Juni. (Eig. Ber.)

Am Donnerstag kam es hier wieder zu Hungerkundgebungen. Die von der Polizei brutal angegriffene Menge baute Barrikaden zu ihrer Verteidigung, die die Polizei wieder wegräumte. Es wurden 38 Personen verhaftet und einige davon dem Schnellrichter vorgeführt.

### In Mannheim

Mannheim, 12. Juni. (Eig. Ber.)

Im Verlaufe des Donnerstags kam es wieder zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei, Arbeitern und Erwerbslosen in verschiedenen Stadtteilen Mannheims. Am Nachmittag fuhr die Polizei in provozierender Weise mit sechs Ueberfallwagen und mit Karabinern bewaffnet durch die Straßen, an denen am Tage vorher die schweren Zusammenstöße stattgefunden hatten. Die Polizei ging wiederum

brutal mit Gummiknüppelattacken gegen die Menge vor, riegelte schließlich einen großen Teil der Innenstadt hermetisch ab, hielt die Straßen besetzt, ließ niemand durch, der sich nicht ausweisen konnte. Es wurde geradezu der Belagerungsstand durchgeführt. In den Abendstunden kam es wiederum in der Redarstadt zu Zusammenstößen. Das Strohenpflaster wurde aufgerissen und die Straßen durch Verlösen der Laternen in Dunkelheit gesetzt. Auch hier schritt die Polizei, mit Karabinern bewaffnet, ein und prügelte brutal auf die Bewohner, trieb sie in die Häuser, richtete die Karabiner auf die Wohnungen und drohte zu schießen, wenn die Fenster nicht geschlossen würden.

### Zwei SPD-Zeitungen verboten

Mannheim, 13. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Gestern wurde die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ in Mannheim von der zentralistischen sozialdemokratischen Koalitionsregierung auf drei Wochen auf Grund der Rotverordnung vom 28. März verboten.

Begründet wird das Verbot mit einem Bericht über die Kampfe in Mannheim, wobei das Vorgehen der Polizei scharf charakterisiert und kritisiert wird. Bezeichnenderweise versucht die Verbotserklärung nicht die von der „Arbeiter-Zeitung“ berichteten Tatsachen auch nur in einem Punkt zu widerlegen. Das Verbot des proletarischen Organs hat die Erregung der Bevölkerung noch gesteigert.

### Auf vier Wochen

Am, 12. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die „Sozialistische Republik“, die bereits mehrfach auf Grund des Republikstrijungsgebotes verboten wurde, erneut für die Dauer von vier Wochen verboten. Das Blatt hatte anlässlich des für den 7. Juni in Siegburg von der NSDAP geplanten „Deutschen Tage“ eine Reihe von Artikeln gebracht, die angeblich eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen politisch Andersdenkende und damit ein Verstoß gegen das Republikstrijungsgebot und die Rotverordnung darstellte.

## 5000 Arbeiter Hindenburgs

demonstrieren mit den Kommunisten gegen alle Volksfeinde

Hindenburg. Nach zwei Vor Kundgebungen in den Stadtteilen Zabors und Bistupig versammelten sich am Freitagabend auf dem Reigensteinplatz circa 5000 Werktätige von Hindenburg zur Protestkundgebung gegen die Hungernotverordnung. Genosse Wojtkowski zeigte der Arbeiterschaft auf, mit welchen Methoden die 1800 Millionen Mark aus den Knochen der Werktätigen herausgepreßt werden sollen, und wies hin, daß dies noch nicht die letzte brutale Maßnahme der herrschenden Klasse ist, denn mit der Weiterentwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und den damit verbundene zum Ausbruch kommenden Widersprüchen in der kapitalistischen Wirtschaft werden noch schärfere und härtere Maßnahmen ausgehebt und durchgeführt, um den kapitalistischen Staat auf Kosten der Arbeiterschaft zu stützen und aufrechtzuerhalten.

Die Ausführungen, die durch Proteststürme gegen die Hungernotverordnung unterbrochen wurden, zeigen ganz klar, daß die Arbeiterschaft jetzt dazu übergeht, die Vorstöße der Bourgeoisie nicht nur abzuwehren, sondern durch gesteigerte Aktivität zurückzuschlagen. Auch die Ausführungen der Vertreter der wertigen Frauen und eines Jugendvertreters fanden lebhaften Widerhall.

Ein Kampfgelübde gegen die Hungerdiktatur, für ein Sowjetdeutschland, wurde von der kampfbegierigsten Masse einstimmig angenommen.

An der anschließenden Demonstration beteiligten sich 1000 Arbeiter, die sich durch die Straßen der Proletenviertel bewegten und von der Arbeiterschaft lebhaft begrüßt wurden. Der Angriff Brünnings auf den Brotkorb der Arbeiterschaft muß den organisierten Widerstand aller Werktätigen finden und wird solange dauern, solange nicht die Arbeiterklasse den Kapitalismus mit Strauß und Stiel ausgerottet und die einigen Tausend Parasiten zum Tode gejagt haben wird. Dann wird nicht der Geldsack, sondern die revolutionäre Arbeiterklasse die Führung des Staates und der Wirtschaft in ihre eigenen Hände übernehmen und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mit aller Kraft fördern.

### Goseler Proletariat in gleicher Front

Gosel. Hier beteiligten sich trotz des strömenden Regens 500 wertige Frauen und Männer an der Protestkundgebung gegen die Hungernotverordnung. Die Ausführungen des Redners, wo zum geschlossenen Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit aufgefordert wurde, sind begeistert aufgenommen worden. Das Kampfgelübde wurde einstimmig angenommen. Protagierende Nazis und Stadtverordneten mußten abhauen. Die sich anschließende Demonstration wurde in musterbildender Weise durchgeführt.

## Landarbeiterstreik in Magdeburg

Magdeburg. (Eig. Meld.) Als Antwort auf das Hungerdiktat der Brünning-Regierung und auf die hohnsprechenden Arbeits- und Lohnverhältnisse legten die Landarbeiterinnen des Magdeburger Stadtgebietes Nördlich am Mittwoch die Arbeit nieder. In einer Belegschaftsversammlung, die im Unterkunftsraum durchgeführt wurde und in der eine Vertreterin der NSD über die menschenunwürdigen Arbeitsverhältnisse auf dem Stadtgut Nördlich im Zusammenhang mit der Bedeutung der neuen Hungernotverordnung sprach, wurde einstimmig der Streik beschlossen und eine aus acht Landarbeiterinnen bestehende Kampfleitung gewählt. Diese Kampfleitung trifft inzwischen mit Unterstützung der NSD alle Vorbereitungen zur Verbreiterung der Kampffront, die zunächst von den Landarbeiterinnen formiert wurde und in die jetzt auch die Landarbeiter des Stadtgebietes Nördlich und außerdem auch die Landarbeiter noch anderer Güter einbezogen werden sollen.

Die Zustände auf dem Gut sind so ungeheuerlich, daß von den vom Wohlfahrtsamt dorthin verschickten 100 Arbeiterinnen 18 die Arbeit gar nicht erst aufnehmen. Es gibt dort weder Beschäftigung noch irgend sonstige notwendige Einrichtungen. Der Lohn, den die Inspektoren ansetzen, ist so gering und inhuman wie im Seingaut. Die Landarbeiterinnen stellen noch einen Belegschafts-

versammlung dem Inspektor ihre ultimativen Forderungen und treten geschlossen in den Streik. Der Kampf geht um folgende Forderungen:

- Menschenwürdige Unterkunftsformen.
- Befestigung mit Arbeitskleidung.
- Beschaffung von verschleißbaren Schuhen und ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten.
- Entlohnung nach dem Tarif der Gemeinde- und Staatsarbeiter der Stadt Magdeburg.
- Entfernung des wie ein Felsblock auftretenden Inspektors.

### Neues Jugendhausurteil in Zweibrücken

Im letzten Pirnaer Bombenprozess gegen vier Arbeiter wurde am 9. Juni das Urteil gefällt. Das Schwurgericht verurteilte den Fabrikarbeiter Heigold zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus, dessen Bruder zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus, den Fabrikarbeiter Rifer zu 2 Jahren Zuchthaus und den Kraftwagenführer Rühl zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus.

Gegen dieses ungeheuerliche Urteil, das die Opfer schändlicher Doppeltat trifft, muß auf das höchste Gericht Berufung eingelegt werden.

# Eine falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik in Hirschberg

U. Weidner.

Unsere Hirschberger Genossen lieferten ein Beispiel dafür, wie man die Einheitsfronttaktik falsch anwendet. Unsere Organisation beteiligte sich an einem sogenannten Antifaschistischen Abwehrkartell, aufgegriffen von der SPD. und bestehend aus den Verbänden der Sozialdemokratie, des Reichsbanners, des ADGB, des Arbeiter-Sport- und Kulturvereins, des Reichsausschusses für den Kampf gegen den Faschismus, die unter der Leitung stand:

„Auf zum Protest gegen Robei und Gewalt.“

Diese Kundgebung, welche am Sonntag, dem 6. Juni, stattfand, sollte die Antwort sein auf den Stahlhelmterror, der anlässlich des 12. Reichstagswahlkampfes in Hirschberg, Petersdorf und in anderen Teilen des Riesengebietes wütete. Auf der Kundgebung sprach der sozialdemokratische Kandidat Paul Lehmann mit unbeschränkter, und ein Kommunist mit einer beschränkten Redezeit von zehn Minuten.

Es handelt sich offensichtlich um einen schweren opportunistischen Fehler unserer Hirschberger Genossen, der das Scheitern der Einheitsfront, welches die Sozialdemokratie unter dem Druck ihrer Mitglieder zur Täuschung der Massen durchführte, begünstigte. Wir stehen nicht an, diesen Fehler vor der Arbeiteröffentlichkeit zu kritisieren und zu korrigieren.

Die kämpfende Einheitsfront gegen den Faschismus kann nicht mit der sozialfaschistischen SPD, sondern nur gegen diese geschlossen werden. Sie muß auf der Grundlage des revolutionären Massenkampfes gegen den Faschismus, gegen die Brüning-Diktatur und Preußenregierung mit den sozialdemokratischen Arbeitern geschlossen werden.

Die faschistische Stahlhelmsfront ist der eine Flügel, auf den sich die Brüning-Diktatur — in der Stahlhelmparteien und Stahlhelmsminister sitzen — stützt. Der andere sozialfaschistische Flügel ist die SPD (mit Reichsbanner und ADGB), welche auf ihrem Leipziger Parteitag die Politik der Sanierung des bankrotten Kampfes, der Unterstützung der Brüning-Diktatur und der Verteidigung der bürgerlichen Klassenherrschaft auch mit faschistischen Mitteln bekräftigt hat. Die Sozialdemokratie ist ein Verbündeter des offenen Faschismus, dem sie durch die Unterstützung der Brüning-Diktatur und durch die Preußenkoalition den Weg bereitet. (Ausnahmegelehrte, Polizeiterror des revolutionären Proletariats). Der proletarische Stahlhelmsaufmarsch fand die volle Unterstützung der republikanischen Behörden und ihrer sozialdemokratischen Würdenträger. Sebering ermöglichte durch ein ungeheures Polizeiaufgebot die Stahlhelmsprovokation. Symbolisch für die Verbundenheit des Stahlhelms mit der deutschen Geld- und Kreditwirtschaft und ihren Organen war das Begrüßungstelegramm des Reichspräsidenten Hindenburg und der Empfang und die feierliche Begrüßung, die der sozialdemokratische Oberpräsident Lüdemann den Stahlhelmsgeneralen Selbte und Duesterberg gewährte. Die Sozialdemokratie mobilisierte nicht die Massen gegen den Stahlhelmsaufmarsch, sie organisierte nicht den Proteststreik, sie führte nicht den Kampf um das Recht des Proletariats auf die Straße, sie organisierte nicht die Massenversammlung gegen die Stahlhelmsprovokation.

Dies tat nur die SPD!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Bezirksorganisation forderte in einem Aufruf das Proletariat auf, die Straße und die Stahlhelmsprovokation zu meiden, also dem Faschismus die Straße zu überlassen. Damit lieferte er ungenügend seine Provokationen durchzuführen. Die sozialdemokratische Presse bezeichnete die Stahlhelmer als „Babier“, die man nicht ernst zu nehmen braucht („Vergewaltigt“), was natürlich das Demonstrationsergebnis der Polizei gegen die Arbeiterklasse („Sörliger Pollzeitung“).

Die Stahlhelmer bauten in Hirschberg und Petersdorf wie in anderen Orten. Sie übten faktisch die Polizeigewalt aus, knüpfelten an, was ihnen auf der Straße in den Weg kam, nieder, brachten in Arbeiterwohnungen ein, führten Verhaftungen und ungesetzliche Mißhandlungen durch.

Wenn es in Hirschberg nicht möglich war, die Stahlhelmsprovokation durch eine organisierte Massenabwehr gebührend zurückzuweisen, so hat dies seinen Grund ebenso darin, daß die SPD die proletarische Organisation sabotierte und infolge ihres Masseninflusses einen großen Teil von Arbeitern vom Kampfe zurückhalten konnte, zweitens in der politischen und organisatorischen Schwäche der kommunistischen Parteiorganisation am Orte.

Die Stahlhelmsprovokation hinterließen in der wertvollen Bevölkerung eine ungeheure Empörung. Die sozialdemokratischen Arbeiter forderten von ihrer Führung ernsthafte Kampfmaßnahmen und die Herstellung der proletarischen Einheitsfront. Unter dem Druck dieser Stimmungen verhandelte der SPD-Vorstand mit der SPD über die Durchführung einer gemeinsamen Kundgebung. Einer Kundgebung, die den Anschein erwecken sollte, als ob die SPD gegen Faschismus kämpft und für die proletarische Einheitsfront ist. Es handelte sich um ein raffiniertes Manöver, das man vor der Arbeiterklasse aufklären muß. Eine Kundgebung legt noch keineswegs Zeugnis für den antifaschistischen Kampf ab, denn die SPD in der Tat nicht führt und auch nicht führen kann. Die Mehrheit dieses Scheinparties ist die tagelange Praxis der SPD, die in der Stützung der Brüning-Regierung, in der Politik der Preußenregierung, in der Unterstützung der Notverordnungen, des Tages- und Unterstützungsstreikes, des Brot- und Lohnkampfes sowie der Eisenbahnstreiks, die im organisierten Streikstreik der Gewerkschaftsstrategie, im Polizeiterror Seberings und Lüdemanns gegen die kämpfende Arbeiterklasse zum Ausdruck kommt. Es wäre die Aufgabe unserer Genossen gewesen, die Illusionen bei vielen sozialdemokratischen Arbeitern, die noch von der SPD einen ernsthaften Kampf gegen den Faschismus erwarteten, zu zerstreuen, und die wirkliche Einheitsfront mit den kämpfendsten sozialdemokratischen Arbeitern zu schließen. Das antifaschistische Manöver, in der vorwiegend sozialdemokratische Vorstandsmitglieder sitzen, ist kein Ausdruck der kämpfenden proletarischen Einheitsfront, sondern ein betrügerisches Scheingebilde. Die kämpfende Einheitsfront gegen den Faschismus muß auf der Grundlage antifaschistischer Delegiertenkonferenzen, besteht aus allen wertvollen Volksschichten, aus allen Betrieben, Stempelwerken und proletarischen Massenorganisationen organisiert werden.

Träger des einheitlichen Kampfes gegen den Faschismus können nur die Aktionsausschüsse gegen den Faschismus sein, die auf einer Massengrundlage gebildet werden.

Das betrügerische Scheinmanöver der SPD wird auch dadurch gefährlich, indem die SPD vor dem Stahlhelmsaufmarsch auf die Schreie unserer Organisation eine gemeinsame Aktion abgab. Es heißt in dem Schreiben vom 27. Mai des Ortsgruppenvorstandes der SPD:

„In Zusammenarbeit mit dem Schreiben v. 21. 5. 34 betr. einer gemeinsamen Aktion gegen den Stahlhelmsaufmarsch teilen wir mit, daß wir ein Zusammengehen auf grundsätzlichen Grundlagen für möglich halten. Es sind unsere die Re-

beiterklasse zu einer Protestkundgebung gegen den Stahlhelmsaufmarsch anrufen, diesen Zeitpunkt bestimmen wir selbst.“

Dieses Schreiben wurde unserer Organisation erst am 29. Mai übermittelt. In der am Tage zuvor stattgefundenen Mitgliederversammlung der SPD wurde unser Schreiben vom Vorstand unterföhlagen, desgleichen auch die Antwort auf unser Schreiben. Nach dem Stahlhelmsaufmarsch erfolgte nun ein Herantreten der SPD an die SPD betr. einer gemeinsamen Kundgebung. Die Fehler unserer Genossen liegen im einzelnen darin:

1. Der Brief an die SPD vor dem Stahlhelmsaufmarsch wurde der Gewerkschaft und der sozialdemokratischen Mitgliedschaft nicht zur Kenntnis gebracht. Dadurch erleichterte man der Bürokratie die Unterföhlung.

2. Die kommunistische Partei ging nicht darauf, die Einheitsfront von unten mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu schließen, auf der Grundlage einer antifaschistischen Delegiertenkonferenz und der Bildung eines Aktionsausschusses, unter breiter Beteiligung sozialdemokratischer Arbeiter. Die kommunistische Partei trat nicht mit der genügenden Aktivität als der in der Tat einzige Führer des antifaschistischen und antifaschistischen Kampfes in Erscheinung, sie zeigte große Schwächen in der Organisation und Mobilisierung des Massenprotestes und der Massenbewegung gegen den Stahlhelmsaufmarsch. Sie verstand nicht, auf der Grundlage des von der kommunistischen Partei geföhrten Massenkampfes die Einheitsfront mit den SPD-Arbeitern von unten zu schließen.

# Anfrage gegen Brüning und Braun

Braun: „Keine Veranlassung, Aufhebung der Hungerverordnung zu verlangen“

Die Landtagskündigung am Donnerstag verlief außerordentlich stürmisch. Es stand der Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Braun-Severing zur Debatte, der von der kommunistischen Fraktion wegen Unterstützung und Durchführung der Brüning-schen Diktatur durch die Preußenregierung eingebracht worden war. Mit dem Mißtrauensvotum wurde verbunden der weitere kommunistische Antrag, die preußischen Vertreter im Reichsrat zu verpflichten, die Aufhebung der Hungerverordnung zu verlangen.

Die Anträge wurden vom Genossen Kasper mit einer von stürmischem Offenheitsgeist getragenen wichtigen Rede begründet.

## Genosse Kasper:

Die Brüning- und die Braun-Regierung sind im Begriff, einen neuen unerhörten Anschlag gegen das Volk zu vollziehen. Mit der dritten Hungerverordnung müssen die Reichs- und die Staatsregierung die Ausweglosigkeit und den Bankrott ihrer Staatskunst eingestehen.

Trotzdem kühnlich zwei junge Menschen von Hunger und Elend zum Selbstmord getrieben werden, bringt es jetzt Brüning fertig, mit Unterstützung der sozialdemokratischen Braun-Regierung den jugendlichen Erwerbslosen überhaupt jede Unterstützung zu entziehen!

Die Brüning-Verordnung degradiert die Erwerbslosen zu Streikbrechern durch Aufhebung des Streikrechts und der Streikfreiheit. (Hört, hört! bei den Komm.) Die Brüning-Braun-Severing scheuen sogar nicht davor zurück, arbeitslosen Frauen trotz der von ihnen gezahlten Versicherungsbeiträge die Unterstützung zu entziehen.

Nach weiterer Schilderung der Auswirkungen der Hungerverordnung führt der Genosse Kasper den Nachweis, daß diese Hungerverordnung Brüning absolut unheilbar wäre, wenn die Regierung Braun-Severing in der Durchführung der Hungerdiktatur Brüning nicht bedingungslos unterstützte.

Die sozialdemokratische Preußenregierung unterstützt nicht nur diese Regierung Brüning, sie führt selbst in Preußen und in den Gemeinden dieselbe Politik mit diktatorischen Mitteln durch und hat sogar die bisherigen Hungerverordnungen in ihrer Anwendung in Preußen noch außerordentlich verschärft.

Wir sagen der Arbeiterschaft, daß jetzt der Zeitpunkt heran-

reift, an dem die historische Aufgabe der Arbeiterschaft erfüllt werden muß.

In diesem Kampf ist die kommunistische Partei die Organisatorin und Führerin des ausgebeuteten Volkes.

Wir sind die Hochverräter von heute, aber wir sind die Befreier von morgen. Wir sind die Verfeindeten von heute, aber wir werden die Sieger von morgen sein.

(Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

## Ministerpräsident Otto Braun

antwortete sofort mit einer kurzen, nichtsagenden, aber doch Wände sprechenden Erklärung. Er wird mit einem Minuten dauernden Sturm von Zurufen der Kommunisten empfangen. Endlich kam seine Erklärung anbringen:

Die Notverordnung sei ein Werk der Reichsregierung. Für sie trage nur die Reichsregierung die Verantwortung. (Stürmische Zurufe bei den Komm.) Die preußische Staatsregierung habe an der Notverordnung nicht mitgewirkt. (Neue stürmische Zurufe bei den Komm.: Mlge, Schwindel. Genossin Ludwig wird von Bartels aus der Sitzung ausgeschlossen, weil sie rief: „Der Ministerpräsident lügt.“) Preußen hat keine Veranlassung, bei der Reichsregierung die Aufhebung der Notverordnung zu verlangen. (Erneuter Entrüstungssturm bei den Komm.) Die Kommunisten wollen nur wegen der Vertagung des Reichstags hier eine Art Ersatztagstag etablieren. Die Staatsregierung lehnt es ab, dabei mitzuwirken.

Der Sozialdemokrat Kirchmann hielt darauf eine wüste Rede gegen die SPD, die mit folgenden Worten endet: Man muß sich darüber klar sein, daß hinter einer Regierungskrise im Reich die Bürgerkriegs drohe.

In der weiteren Debatte erklärten die Redner der Deutschnationalen, des Landvolks und der Wirtschaftspartei, daß sie, ohne sich die kommunistische Begründung des Mißtrauensantrags zu eigen zu machen, aus anderen Gründen für das Mißtrauensvotum stimmen würden.

Das Zentrum schweig sich bezeichnenderweise aus.

In einem markanten Schlußwort rechnete Genosse Selbmann mit der Erklärung Brauns ab, der Wanzentaktik übe und sich stelle, weil er die schweren Anklagen des Genossen Kasper nicht beantwortet und seine Politik nicht verteidigen könne.

Die Abstimmungen über die kommunistischen Anträge finden am Sonnabend statt.

# 144 Monate Gefängnis

beantragte der Staatsanwalt vor dem Schöffengericht am Freitag gegen acht Ohlauer Arbeiter, welche sich in der Nacht vom 30. zum 31. Mai gegen den Terror der Stahlhelmer zur Wehr setzten.

Angeklagt wird dabei der Gutsbesitzer Wenzel aus Rosenhain, Kreis Ohlau, welcher in Begleitung von zwei weiteren Personen mit dem Fahrrad die Straße Ohlau-Rosenhain passierte, am Radarmel beschädigt worden sein, jedoch vermag keiner der Zeugen in den Angeklagten die Täter wiederzuerkennen. Nur das Vorfinden einiger alter Pistolen, welche noch nicht einmal intakt sind, sollen als Beweisgründe dienen.

Das Gericht verkündete das Urteil: 38 Monate Gefängnis für fünf Angeklagte, drei weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Sämtliche Angeklagte wurden aus der Haft vorgeführt, gegen sechs wurde der Haftbefehl aufgehoben, während zwei noch weiter im Gefängnis sitzen.

In diesem Zusammenhang sei noch auf die Schreibweise des „Ohlauer Kreisblattes“ hingewiesen, das in einer ichamlosen Weise gegen den Genossen Marx und eine Anzahl Genossen schrieb. Die werktätigen Leser des „Ohlauer Kreisblattes“ werden ihm die geföhrliche Antwort darauf geben. Sie kann nur lauten: Heraus mit der Schmutz- und Schundpresse aus den Arbeiterwohnungen, der Arbeiter liebt seine Zeitung, die „Arbeiter-Zeitung“.

# Blutiger Polizeifeldzug in Kassel

Kassel, den 13. Juni. (Eig. Bericht.)

Die Lage in Kassel hat sich weiter verschärft. Am Donnerstag überfielen die verzweigten, hungerrnden Massen wieder die Straßen. Mit Karabinern bewaffnete Polizei zog in Stoßtrüps durch die Straßen, mit Gummistöcken, Karabinerlölben und unter Gebrauch der Feuerwaffe wurden die Demonstranten auseinandergeköhlagen. Der Polizeipräsident leitete die Schöchlacht persönlich. Eine Kugel drang durch eine Haustür: ein junger Mann wurde erschossen, der mit seiner Frau hinter der Türe stand. Die Presse hebt unter Polizeizensur. Die Straßenhäuser geben über die eingelieferten Verwundenen und über die Zahl derer, die inhaftiert geföhrten sind, keine Auskunft. In der Nacht wurden 67 Verhaftungen vorgenommen. Die Arbeiter wurden

mit erhobenen Armen abgeföhrte, teilweise gefesselt. In einigen Stellen, so am Graben, wurden die Arbeiter unter Bedrohung Köhlbereiter Karabiner gezwungen, sich mit dem Gesicht der Wand zuzubringen, und dann wurde mit Gummistöcken auf sie eingeschlagen. Die Polizei veranfaßte ferner richtige Jagden auf die Arbeiter in den Straßen.

Freitag morgens setzte sich der Terror der Polizei fort. Die Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten, außerdem auch die Saalversammlungen der SPD zur Vorbereitung der Betriebsratkonferenzen.

# „Ostdeutsche Morgenpost“ gesteht wahren Zweck der Konferenz in Chequers

Beuthen O.S. Die „Ostdeutsche Morgenpost“, das Organ der Deutschen Volkspartei, behandelt in der Nummer 158 in einem Leitartikel den Zweck der Reise Brüning nach England und schreibt u. a. folgendes:

„Bei der Besichtigung Englands, seine Beziehungen zu Frankreich nicht zu trüben, wird man freilich mit einer englischen Initiative zur Reparationsrevision sobald nicht zu rechnen haben; aber wir erwarten doch, daß eine Annäherung des deutschen und englischen Standpunktes darüber herbeigeföhrte wird, wie sich jetzt gemeinsam die Lösung betreiben ließe, die das Gespenst des Bolschewismus vor der abendländischen Welt bannt. Zu praktischen Ergebnissen wird allerdings eine solche deutsch-englische Antifaschisten-Interessengemeinschaft die Hauptprobleme nur voranbringen, wenn sich Amerika der Notwendigkeit nicht verschließt, dem verfaßenden Europa hilfreich beizuspringen, ehe Sowjetrußland die bolschewistische Ernte einbringt!“

Dieses Blatt der oberösterreichischen Schwerindustrie gesteht in unverschämter Form den wahren politischen Zweck der Konferenz in Chequers zwischen dem „Volkstagsler“ Brüning und dem britischen Premierminister MacDonald. Wir haben dem nichts mehr hinzuzufügen; erklären nur, daß sich trotzdem alle Feinde der Sowjetunion an der Kampfbereitschaft und revolutionären Solidarität des Proletariats die Fahnen anstücken werden. Auch der Sieg des deutschen Proletariats gegen die Hungerdiktatur ist nicht mehr aufzuschieben.

3. Anstatt den Betrug mit der Scheinkundgebung gegen den Faschismus zu entlarven, machte unsere Organisation den Einheitsfrontschwandel der SPD mit und erleichterte dadurch die Verwirrung, die die SPD in der Arbeiterschaft damit anrichten wollte. Notwendig wäre es gewesen, daß in den Verhandlungen unsere Parteiorganisation gefordert hätte:

a) Die Kundgebung wird unter folgenden Lösungen durchgeführt: Gegen die Brüning-Diktatur und Preußen-Regierung, gegen Stahlhelms- und Naziterror, gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen, für die Verteidigung der Sowjetunion, für sofortige Aufhebung der Notverordnungen, gegen den Sozialfaschismus, gegen Lohnabbau, Unterföhlungs- und Mientraub, gegen Streikbruch und Polizeiterror, für Lohnverhöhung, für Eisenkündentag bei vollem Lohnansgleich usw.

b) Die Kundgebung und die mitzuföhrnden Fahnen und Trausparenate sowie die Reden müssen den in den Lösungen angezeigten Charakter tragen.

c) Bildung eines Aktionsausschusses gegen den Faschismus, auf der Grundlage gewählter Delegierter aus den Betrieben, Stempelwerken und proletarischen Massenorganisationen, auf der Grundlage des Kampfes im Zeichen der angeführten Lösungen.

Die kommunistische Partei wird in einer am nächsten Mittwoch in Hirschberg stattfindenden öffentlichen Versammlung den gemachten Fehler unserer dortigen Parteiorganisation vor der Arbeiterschaft aufzudecken und das scheiternadikale Manöver der SPD ins richtige Licht stellen.

# Breslau

## Zur Solidaritätstundegebung der ZNS am Sonntag

treten die Stadtteile um 12.15 Uhr an folgenden Stellplätzen an:  
 Stadtteil Ost: Königgräber Straße (bei Joubliak).  
 Stadtteil Zentrum: Neumarkt.  
 Stadtteil West: Striegauer Platz.  
 Stadtteil Nord: Weihenburger Platz.  
 Stadtteil Nordost: Pilschstraße, Ecke Bodstraße.  
 Stadtteil Süd: Friedrichsplatz.

## Die roten Studenten zur ZNS.

Die rote Studentengruppe übermittelte uns folgende Entschliessung:

Breslau, den 12. Juni 1931.

Wir, die rote Studentengruppe, treten heute zum Zeichen der Solidarität zwischen den revolutionären Kopfarbeitern und der revolutionären Arbeiterwelt kollektiv der ZNS bei.

Es lebe das Bündnis der revolutionären Kopfarbeiter mit den Arbeitern und Bauern!

Es lebe die internationale Solidarität!

## Ein „famoses Rezept“ zur Rettung der SPD.

Obwohl die SPD-Presse sich krampfhaft bemüht, über die gewaltigen inneren Schwierigkeiten hinwegzuliegen, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Lage in der SPD immer schwieriger wird. Die Auswirkungen der neuen Hungerverordnung müssen diese Schwierigkeiten auf die Spitze treiben. Wie sich das von selbst versteht, werden es vor allem die proletarischen Frauen sein, denen diese Verordnung das Dasein gewaltig erschweren muß. Aber innerhalb der Führerschaft der SPD macht man sich darüber keine Sorgen. Wäre dem nicht so, dann könnte es nicht vorkommen, daß ausgerechnet in diesen Tagen folgende Versammlungsanzeige in der „Volkswacht“ erscheinen könnte:

Distrikt 54. Sonnabend, den 13. Juni, 20 Uhr, in Rawallen Frauenversammlung. Referent: Genosse Dr. Kleemann. Thema: Hypnose.

Ist das nicht eine sabelhafte Idee, die diesem famosen Doktor des Volkshygiene gelommen sein muß, die Frauen in Rawallen über Hypnose zu orientieren? Denn sicherlich haben die proletarischen Rawaller Frauen das Verlangen nach Hypnose selbst nicht geäußert. Oder sollten wir uns irren und diese „famosen Idee“ doch in Rawallen selbst das Licht der Welt erblickt haben?

Dann sollte der Breslauer Parteivorstand sich diese Idee sofort zu eigen machen. Wie wäre es mit einem Referentenkurs durch den „Genossen“ Dr. Kleemann über Hypnose? Vielleicht kann besagter Kleemann schon in der nächsten Vertretersitzung der Breslauer Partei darüber sprechen und gleichzeitig das Hypnotisieren in dieser Sitzung praktizieren. Das würde in dieser Sitzung wahrscheinlich sehr angebracht sein. Auf diese Weise könnten die Genossen auf das „linke“ Mandatverlieren verzichten, was ihnen sicher angesichts der Tatsache sehr angenehm sein dürfte, daß dieses Mandatverlieren immer komplizierter wird. Ganz neu wäre allerdings die Idee mittels der Hypnose das Rebellieren abzustoppen nicht. Mit Hilfe der SPD werden ja die Werttätigen heute bereits zum Ausräubern „hypnotisiert“. Man braucht da bloß an die Zigarettensteuer denken. Daß statt 10 nur noch 9 Zigaretten in der Schachtel sind, wer merkt das heute noch? Die eine Zigarette ist also glücklich hinweg „hypnotisiert“ zur „Rettung“ des Vaterlandes. Warum sollte es nicht möglich sein, mit der Hypnose den sozialdemokratischen Arbeitern beizubringen, daß das Rohdampf-schieben der beste Weg zum Sozialismus ist. Die SPD ist ja nach Herrn Tarnow zum Arzt des kranken Kapitalismus geworden. Auch Hypnose ist ja im gewissen Sinne eine Art Medizin.

## Wieder einer „freiwillig“ ausgewandert

Am 11. Juni, gegen 9 Uhr, beging der 44jährige Gepädträger Kurt K. in seiner in der Sadowajstraße gelegenen Wohnung Selbstmord durch Erhängen. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

## Die Klassenjustiz will durchaus ihr Opfer haben

Am 8. Januar d. J. provozierte ein Naziotenzeitungshändler am Königsplatz. Als nun die Arbeiter die Provokation des Nazijünglings abwehrten, wurde der Arbeiter Pils verhaftet und unter Anklage gestellt, jedoch in erster Instanz freigesprochen. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein.

Dieser Tage fand nun die Berufungsverhandlung statt. Obwohl in der Beweisnahme Aussage gegen Aussage stand, berief sich der Anklagevertreter auf seinen Kronzeugen, den ehemaligen Schupo und lebhigen Nazioten Kullat, Steinauer Straße 28, und verlangte Verurteilung. Das Gericht kam dem Wunsche des Staatsanwalts entgegen und verhängte gegen Pils die ungeheure Strafe von 4 Monaten Gefängnis.

## Mißglückter Aufsprung auf die Straßerbahn

Als gestern nachmittag der Haushälter K. aus der Grünhagener Straße 14 am Königsplatz auf einen fahrenden Straßenbahnzug aufspringen versuchte, kam er zu Fall, wurde einige Meter mitgeschleift und dabei am Arme erheblich verletzt, so daß er in das Allerheiligenshospital geführt werden mußte.

## Schwerer Unfall eines Radfahrers

Gestern abend wollte der auf seinem Rade fahrende Arbeiter K. aus Stadelwitz von der Frankfurter Straße in die Bärenstraße einbiegen und wurde dabei von einem Kraftwagen, der rechts an ihm vorbeifahren wollte, umgerissen und so unglücklich zu Boden geschleubert, daß er bewusstlos liegen blieb. Ein hinzugerufener Arzt veranlaßte sofortige Einlieferung in das Allerheiligenshospital, wo ein schwerer Schädelbruch festgestellt wurde. Der Verletzte hatte bis heute früh das Bewußtsein nicht zurückerlangt und schwebt in Lebensgefahr.

# Verzweifelte Lügen der „Volkswacht“

Die Meldungen und Berichte, die wir aus dem ganzen Reich und aus der Breslauer Organisation in den letzten Tagen brachten, hat die Sozialdemokratie aus dem Häuschen gebracht. Die Rebellion in der SPD läßt sich nicht mehr beruhigen und unterdrücken. So versuchen die Bongen wenigstens nach außen hin das Bild der Geschlossenheit vorzutäuschen. Selbstverständlich ist also, daß unsere Meldung von vornherein erst einmal von der SPD-Bürokratie abgestritten wird. Wir können verstehen, daß es dem Abteilungsleiter vom Nikolai-Tor sehr unangenehm ist, daß wir einen Bericht über den Verlauf des Abteilungsabends gebracht haben, und können auch verstehen, daß er nun alles in Wusch und Bogen abstreift. Demgegenüber stellen wir aber nochmals fest:

den Parteitag und die Ausführung Zieglers in dieser Versammlung eine ungeheure Empörung und Enttäuschung über den Parteitag und die Ausführung Zieglers in dieser Versammlung herrschte. Es hagelte Zwischenrufe: „Ihr seid Lumpen!“ — „Macht nur weiter so!“ — „Es ist ja alles Scheiße!“ usw.

Wie weit Ziegler in die Politik der offiziellen Bürokratie eingeschwenkt ist, geht daraus hervor, daß er ausführte: „Ja, wenn die SPD-Organisationen auch noch wo anders so eingestuft wären wie hier, dann wäre es noch möglich, die Politik der Partei zu revidieren.“ Tatsache ist auch, daß Abratis wörtlich erklärte: „Da gibt's nichts anderes, als geschlossen aus der SPD auszutreten und zur SPD überzutreten.“ Wenn die „Volkswacht“ schreibt, wir hätten berichtet, daß die Abteilungsversammlungen den Eintritt in die SPD gefordert hätten, so zeigt das, wie sehr dem Herrn Abteilungsleiter schon die schlotternde Angst in den Kopf gestiegen ist. Wir haben das nämlich gar nicht berichtet, sondern nur den obigen Ausdruck von Abratis zitiert. Aber da er in Wusch und Bogen alles dementiert, so wird wohl diese Forderung nicht nur die Forderung des Disziplinbrechners Abratis sein, sondern die Forderung der SPD-Proleten in Nikolai-Tor überhaupt. Denn schließlich kennt ja Dppler keine Organisation und weiß, wie sehr ihm eingeleigt wird.

Auch unsere Meldung von dem Austritt von 23 SPD-Mitgliedern

aus dem 15. Distrikt entspricht der Wahrheit. Allerdings haben wir nicht gemeldet, daß sie zur SPD übergetreten sind. Wenn das die „Volkswacht“ schreibt, so wird das wohl auch bald der Fall sein. Daß die „Volkswacht“ nicht alle Vorgänge des Leipziger Parteitages ihren Lesern wahrheitsgetreu schildern würde, war vorauszusehen, und deswegen haben wir es auch übernommen, der Arbeiterschaft über die wahren Vorgänge zu berichten. Daß die „Volkswacht“ unseren Bericht über die Ausführungen Gifferts abstrichtet, bestätigt ja nur, wie recht wir hatten, daß wir diese Ausführungen der Öffentlichkeit bekanntgaben.

Mit bloßem Abstreiten, mit einem wüsten Geschimpfe gegen die „Arbeiter-Zeitung“ schaffen auch die Herren von der „Volkswacht“ und Herr Dppler keine Tatsachen aus der Welt. Die SPD-Bongen werden in der nächsten Zeit noch etwas ganz anderes erleben, als was bisher bereits in der Arbeiterschaft und unter ihren Mitgliedern geschahen ist. Unausfallsam wächst die Massenflucht aus der SPD, und unaufhaltsam wächst die kommunistische Partei. Da helfen weder Lügen noch Verleumdungen, da helfen auch keine gefälschten Rundschreiben nach dem berühmten Muster von Scheidemanns „Kurierliste“ und des „Sam-burger Echo“, die nun die SPD-Bongen auf den Tisch bringen, um ein Verbot der kommunistischen Partei durch die Staatsorgane vorzubereiten.

## Verkehrsunfall

Am 12. Juni, gegen 8 Uhr, ereignete sich an der Alsenstraße, Ecke Posener Straße, ein Verkehrsunfall. Die Autobrosche I K 3451 stieß mit dem Motorrad des Straßenbahnführers Kurt C. zusammen, der bei diesem Zusammenstoß erhebliche Verletzungen davontrug. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

## Buchdrucker-Opposition

Am Sonnabend 20 Uhr Sitzung in der Trebnitzer Straße 50 (Verlag).

## Naturfreunde-Opposition

Sonntag, den 14. Juni, Treffpunkt 7 Uhr an der Endstation Ostb. Alle mit uns Sympathisierenden sind zu dieser Fahrt eingeladen.

## Capitol.

„Danton.“ So geht es nicht, Herr Regisseur Hans Behrendt! Das ist nicht der Bluthund der französischen Revolution, sondern verfilmte Schulbuch-Historie! Wie sich Herr Studientat Schwanenstaub die französische Revolution vorstellte! Oberammergau mit Marcellaise-Alzente. Hier wurde ein großer Aufwand schmählich verlan, trotz eines Massenaufgebots von prominenten Darstellern. Nicht einmal Portner als Danton vermog zu befriedigen, wenn er auch einige starke Momente hat. Die Aristokratie ist im Film eine Gesellschaft von gepflegten Menschen mit guten Manieren, die im Gefängnis graziös Menuett tanzen, so daß das Publikum gar nicht begreift, warum diese Leute aufs Schaffot müssen. Auch der König ist ein blütenweißer Edelmann, dem das böse Volk Gewalt antut. Uebles Schmierentheater die Szene, wo die Menschenmenge ins Schloß stürmt. Robespierre, Marat, Saint Just usw. sind äußerlich markant gezeichnet, leider fehlt die Gestaltung der Charaktere. Auch die Massenjungen haben nichts Buchtiges an sich. Der Regisseur hat wohl noch nie einen Russenfilm gesehen! Vom Geist der französischen Revolution ist in diesem Film leider auch nicht der leiseste Hauch zu spüren.

Mn.

Ab Montag  
den 15. Juni  
verkaufen wir auf  
Extra-Tischen im 1. Stock

ca 10000  
Meter

beste deutsche und ausländische  
Hemden-Zephyre

nur hochwertige Qualitäten,  
besonders geeignet für Sport-  
u. Oberhemden, Schlafanzüge,  
Kleider, Blusen usw.

Regulärer Meterpreis 1.80 bis 2.50  
Nie wiederkehrende Gelegenheit!

LEINENHAUS

BIELSCHOWSKY

NIKOLAISSTR. 76 BRESLAU ECKE HERRINGSTR.

78  
Pfeilig

Verantwortlich für die 1. und 2. Hauptseite, Probing und Schales: Riffelke, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Karl Brechner, Berlin. — Für Anzeigen: Karl Gansdorf, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Buchverlagsanstalt m. B. O., Breslau.

# Katastrophale Lage der österreichischen Gemeinden

Wien, 12. Juni. Die Stadt Steyr war am 1. Juni nicht mehr in der Lage, die Gehälter ihrer Angestellten zu zahlen. Sie hat nunmehr einseitig statt des vollen Monatsbezuges den Gemeindeangestellten eine Anzahlung von 150 Schilling geleistet. Auch die Lage der übrigen Industriegemeinden Österreichs ist eine katastrophale. Wiener-Neustadt mußte sämtliche öffentlichen Arbeiten der Stadt einstellen lassen. Auch die Finanzen der Stadt Wien zeigen einen trüben Ausblick. Infolge dieser Finanzlage der österreichischen Gemeinden beachtet sich eine Abordnung des Städtebundes unter der Führung des sozialdemokratischen Wiener Bezirksbürgermeisters Emmert zum Bundeskanzler Dr. Ender, um eine Beteiligung der Gemeinden und Länder an den Erträgen der geplanten Verbrauchssteuer zu verlangen. (Besonders führt die Sozialdemokratie einen Scheinkampf gegen die Verbrauchssteuer, ihre kommunalen Vertreter jedoch fordern schon jetzt eine Beteiligung der Gemeinden an dieser Steuer.) Bundeskanzler Dr. Ender erwiderte dieser Abordnung jedoch, daß eine solche Beteiligung nicht in Aussicht genommen werden könne. Die Länder und die Gemeinden mögen die Bezüge ihrer Angestellten kürzen, um auf diese Weise ihr Budget in Ordnung zu bringen.

# Steigendes Defizit des österreichischen Haushalts

Wien, 12. Juni. Aus einer amtlichen Mitteilung über die vorläufigen Gebarungsergebnisse des österreichischen Haushalts für die ersten drei Monate 1931 geht hervor, daß der Gebarungserfolg im ersten Vierteljahr um 63,11 Millionen Schilling schlechter ist als der Voranschlag. Auf das Jahr berechnet, ergibt dies ein Defizit von ungefähr 300 Millionen Schilling.

# Energetische Heranbildung neuer Arbeiterkader

Moskau, 12. Juni. Da es an qualifizierten Arbeitskräften für die naheinander in Betrieb gesetzten Industriegiganten des fünfjährigen Plans mangelt, veranlassen die Wirtschaftsorganisationen der U.S.S.R. die energetische Heranbildung neuer Arbeiterkader.

Auf Beschluß des Volkskommissariats werden bis zum Herbst 300 000 Jugendliche in qualifizierte Arbeitskräfte heranzubildende Werkstätten aufgenommen. Für den Bau von Werkstätten wurden in diesem Jahre 68 Millionen Rubel vom Obersten Volkswirtschaftsrat bereitgestellt. In diesen Betrag sind nicht eingeschlossen die Ausgaben für die innere Einrichtung der Schulen, die auf Beschluß des Volkskommissariates vom Obersten Volkswirtschaftsrat extra gedeckt werden.

# „Rote-Zahne“-Banner in Baku

Moskau, 12. Juni. Die Erdölarbeiter von Baku bereiten sich für die nächsten Tage zum feierlichen Empfang des in Baku eintreffenden Banners, das ihnen die Berliner „Rote Zahne“ anlässlich der Vollendung des fünfjährigen Planes in zweieinhalb Jahren sendet. Das Banner wird dem besten Betriebe des Minest auf Beschluß eines speziell gegründeten revolutionären Produktionstribunals überreicht werden. Aus Anlaß der Ueberreichung des Banners erfolgt ein Treffen der gesamten Bakwer Arbeitergesellschaft.

# Wer seinen Sohn lieb hat züchtigt ihn

Aus einem großen antiklerikalen Roman v. Franz Braun

(Schluß)

In des Vaters Gesicht zuckte es von Unmut. Flammend richtete er den Blick auf die Frau, sich des Vorganges entsetzt, wie er Johannes nicht hatte zu Wort kommen lassen. Der zitterte vor Erregung. Würde jetzt das Wort folgen, das ihn rettete? Ein einziges Wort, das den ganzen Vorgang umgekehrt machen würde? Er sah, wie der Vater unklug an den Lippen nagte. „Geh wieder an die Arbeit!“ befahl der Vater kurz. „Aho doch nicht! Tränen verschleierten seinen Blick. Eine Hoffnung flüchtete in ihm zusammen und grell empfand er, daß er nie wieder zum Vater würde Vertrauen haben können. Nie wieder! Ein erlösender Blick folgte der Frau Schaul, die ihren Handrücken aufgeschlagen hatte und hurtig, im Bewußtsein einer erfüllten Pflicht, davontrippelte. Johannes war nicht fähig, weiterzuarbeiten. In seinem Kopf schwirrte es. Kampfhast umfaßte seine Hand die Feder. Ein grenzenloses Weh, eine erschöpfende Müdigkeit beschlich ihn. Unbestimmte Gedanken an Tod und Sterben überliefen ihn. Er fürchtete sich vor der Zukunft. Er wünschte sich selbst, der er unklug an diese Zukunft gekettet war. Eine unklar drohende Furcht hielt ihn davon zurück, seinem widerstrebenden Gefühl zu folgen. Noch schmerzte ihm der mißhandelte Rücken. Aber daran dachte er jetzt nicht. Er dachte an das dunkle Etwas, das seine Vermutung zu durchdringen vermochte. In das Ausgelichtsein aller Gedanken und Empfindungen. Die Tür öffnete sich und herein trat Frau Schaul, am linken Arm den mit Baketen gefüllten Korb, in der Rechten eine Tüte, die sie ihm entgegenstreckte. „Da“, sagte sie, „ich habe dir etwas mitgebracht, weil der Vater dich geschlagen hat.“ Johannes schaute sie verzückt an, dann begriff er und Ekel überkam ihn. Mit einemmal erschien ihm dieses verführte Gesicht...

# Warschauer Straßenbahner im Streit

Die Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften zerreißen ihre Mitgliedsbücher

Warschau, 12. Juni. Trotz aller raffinierten Tricks der sozialfaschistischen Gewerkschaften ist es ihnen nicht gelungen, den Streit der Warschauer Straßenbahner abzubrechen. Gestern fand in einem Straßenbahndepot eine Streikversammlung statt, an der über 5000 Straßenbahner teilnahmen. Die Arbeiter erklärten einstimmig, daß keiner von ihnen die Führer der sozialfaschistischen Verbände bevollmächtigt habe, Verhandlungen hinter dem Rücken der Streikenden zu führen. Die Versammelten beschloßen, der Straßenbahnverwaltung zehn Forderungen zu stellen, darunter: Die Straßenbahndirektion verpflichtet sich, auf jegliche Rationalisierungsmethoden zu verzichten, den Siebenstundentag einzuführen und den Lohn für die ganze Streikdauer auszuführen. Die Mitteilung, daß die Straßenbahndirektion die Delegation der Streikenden nicht empfangen habe, und daß die sozialfaschistischen Verbände im Einvernehmen mit der Direktion einen Aufruf herausgegeben haben, in dem zum Abbruch des Streiks aufgefordert wird, entfesselte eine furchtbare Entrüstung auf der Versammlung. Einstimmig und unter einem wahren Beifallssturm wurde darauf von der Versammlung beschlossen, alle sozialfaschistischen

Straßenbahnerverbände für liquidiert zu erklären. Die Arbeiter der sozialfaschistischen Gewerkschaftsverbände ergrißen ihre Mitgliedsbücher und zerrißen sie. Die sich versammelnden Führer der sozialfaschistischen Verbände wurden von den Arbeitern auf die Tribüne geschleppt und gezwungen, Rechenschaft über ihr verräterisches Verhalten abzugeben. Die Führer machten einen jämmerlichen Eindruck. Die Versammlung beschloß weiter, die Arbeiter der Kommunalbetriebe aufzufordern, sich dem Streit anzuschließen. Die Streikbewegung ist zweifellos im Aufstieg begriffen. Es wurden Aufrufe der linken Gewerkschaftsverbände ausgehängt, die zum allgemeinen Streik aufrufen. Der von den linken Gewerkschaftsverbänden jetzt geleitete Straßenbahnerstreik, der trotz des Verrats der sozialfaschistischen Gewerkschaftsverbände durchgeführt wird, gewinnt eine außerordentlich ernste politische Bedeutung für die Eroberung der Mehrheit der Warschauer Arbeiter durch die kommunistische Partei und für die Entlarvung der Sozialfaschisten.

# „Youngplan“ = unabänderlich!

Ein neuer provokatorischer Schritt Briands

Die kategorische Erklärung Briands in der französischen Kammer, daß an eine Revision des Youngplans nicht zu denken sei, hat in der Weltpresse ein lebhaftes Echo gefunden. Die anti-deutsche Tendenz dieser Stellungnahme des französischen Außenministers wird noch verstärkt durch eine heute veröffentlichte Note, die Briand am 16. März in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der interalliierten Konferenz an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet hat. In dieser Note wird festgestellt, daß die Deutschland nach der Zurückziehung der interalliierten Militärkontrollkommission auferlegten endgültigen Abstrichungsverpflichtungen von der deutschen Regierung „nicht zufriedenstellend erfüllt“ worden seien. Die Brüningregierung, in ihrem Bestreben, die innerpolitischen Schwierigkeiten nicht noch durch außenpolitische Vermittlungen zu verschärfen, ist ängstlich bemüht, den Eindruck dieses französischen Schrittes zu verwischen. Sie läßt halbamtlich verlautbaren, daß die Note Briands eine „völlig belanglose Angelegenheit“ sei, die „jeder aktuellen Bedeutung entbehre“. Der „Temps“ unterstreicht gestern die Kammererklärung Briands in einem Leitartikel, der sich kategorisch dagegen wendet, daß überhaupt die Frage einer Revision des Youngplans in die Debatte geworfen wird. Der Youngplan sei eine „end-

gültige Regelung“ und „unabänderlich“. Niemand könne irgendwelche Konzessionen an die deutschen Wünsche zu sichern. Die englische Presse ist ärgerlich über die brutale Offenheit, mit der Briand den Widerstand der Reparationsgläubiger gegen jede Milderung des Youngplans zum Ausbruch gebracht hat. Der „Daily Herald“ findet sogar starke Worte gegen den französischen Außenminister. Das Blatt schreibt u. a.: Briands Worte klingen wie Worte Poincarés. Deutschlands Schwierigkeiten werden mit keinem Worte erwähnt. Gegen jede Revision oder auch nur Erwägung einer Revision wird die Tür zugeschlagen. Solche Methoden und Manieren bedeuten den Tod aller Ideale (!), deren Verfall Briand ist. Eine Einigung oder Befriedung Europas ist unmöglich, so lange eine Großmacht in diesem Tone spricht und ihre eigenen Vorteile als das Gesetz Europas hinstellt. Eine Revision des Youngplans oder irgendeiner anderen internationalen Vereinbarung ist Gegenstand für freundschaftliche Aussprache. Der Mann von Locarno, der Apostel der europäischen Verständigung, sei jetzt das Sprachrohr des wilden Nationalismus geworden. Man höre nur das kalte französische Veto. Die Haltung Briands werde jeden verständigen Menschen in Deutschland zur Verzweiflung bringen, viele Tausende würden sich erneut um das Banner des Nationalismus scharen. Briand habe Frankreich, Deutschland, Europa und der ganzen Welt einen sehr schlechten Dienst erwiesen.

# Kanada und Labrador

London, 12. Juni. Bennett, der kanadische Ministerpräsident, teilte heute dem kanadischen Unterhaus mit, daß die Frage des Ankaufs des Labrador-Territoriums von Neufundland, das im Jahre 1927 vom Kronrat Neufundland anerkannt wurde, die Regierung sehr beschäftigt. „Es ist eine ernste Lage“ — erklärte er — „die mehr und mehr die Aufmerksamkeit der Regierung fesseln wird.“ Während der letzten Tage hielt sich der Ministerpräsident von Neufundland in Montreal auf, um über eine Anleihe für Neufundland zu verhandeln.

# Die Stadt der Schlachthäuser bankrott

50 000 Angestellte seit Monaten ohne Gehalt Massenentlassungen städtischer Angestellter

Chicago, 11. Juni. Die Kasse der Stadt Chicago ist leer. Bei einem Kassenbestand von 150 000 Dollar sollen

6 Millionen Dollar äußerst dringende Schulden gedeckt werden. Außerdem sollen städtische Arbeiten in Höhe von 200 Millionen Dollar ausgeführt werden, die natürlich die Stadt nicht vollbringen kann. Da die Banken kein Geld mehr leihen wollen, und die gesetzliche Körperschaft des Staates Ohio eine Darlehensforderung abgelehnt hat, befindet sich die Stadt vor einer Katastrophe. Über 50 000 Angestellte haben seit Monaten ihre Gehälter nicht mehr erhalten. Der Bürgermeister droht mit der Entlassung der Feuerwehren, der Polizei und des größten Teils der städtischen Angestellten. London, 10. Juni. Das Ergebnis der Wahl in Gateshead bedeutet eine ernste Niederlage der Nationalregierung. Die Stimmenzahl für den Kandidaten der „Arbeiterpartei“ fiel von 28 293 auf 27 293. Das Mandat wurde zwar behauptet, aber die Majorität fiel von 16 749 auf 1392. Die Stimmen der Konservativen liegen nun 11 644 auf 21 501. Bei der letzten Wahl erreichte ein Liberaler noch 10 314 Stimmen und ein unabhängiger Kandidat 3888 Stimmen.

„Ich mag nicht“, sagte er. Er erhob sich und wollte an ihr vorbei zur Tür hinaus. Sie suchte ihn mit der Hand zurückzuhalten. „Nimm nur“, sagte sie, „sei doch nicht dummi!“ Da stand auch schon der Vater in der Tür. Er hatte die Alte hineingehen sehen und war ihr gefolgt. Die letzten Worte hatte er noch vernommen und ein Blick in Johannes' trotziges Gesicht erklärte ihm alles weitere. „Nimm die Tüte!“ herrschte er ihn an. Johannes stand da, unbeweglich, die Hände herabgehängt. Die Frau, neues Unheil vorhersehend, beugte sich zu ihm nieder und versuchte, ihm die Tüte in die Hand zu drücken. Johannes ließ sie fallen und als sie klatschend auf dem Boden aufschlug, fuhr ihm ein Schander über. „Wißt du die Tüte nehmen!“ donnerte die Stimme des Vaters. „Nein!“ kam es von Johannes' Lippen und es war, als ob die Wände ein schrilles Echo zurückwarfen. „Du magst es, mir zu widerstehen?“ entfuhr es dem Vater. Seine Stimme überschlug sich und klang in einem heiseren Schrei aus. Er stürzte zum Küchentisch, wo der Stuhl lag, und stand im nächsten Augenblick vor Johannes. „Ich frage dich zum letztenmal, ob du die Tüte nehmen willst?“ „Nein!“ kam es wieder von Johannes' Lippen, langsam, ängstlich und doch fest. Zitternd und mit aufeinandergepreßten Rippen stand er da. „Was?“ brüllte der Vater heiser, mit feuchender Brust. Johannes hatte sich die Kleider vom Leibe reißen und sich ihm entgegenwerfen mögen: Schlag mich tot, aber verlange nicht, daß ich die Tüte nehme! Die Alte stand da, unfähig, sich von der Stelle zu rühren, hob und senkte die Arme. Der Vater sah Johannes, drückte ihn auf einen Stuhl und schlug in sinnloses Wut auf ihn ein. Die Alte freischte. Sie weinte laut und suchte den Vater zurückzuhalten. Der schüttelte sie ab und schlug weiter auf den Jungen ein, der stumm, mit verbissenen Zähnen, alles über sich ergehen ließ. „Wißt du gehorchen? Wißt du?“ brüllte der Vater wut-schnaubend. Johannes wandt und krümmte sich, aber er blieb stumm. Die Mutter stürzte zur Tür herein. Entsetzt schlug sie die Hände über dem Kopf zusammen.

„Herman!“ schrie sie und drängte sich ihrem Mann entgegen. „Weg!“ schrie der Vater und ließ sie zurück. „Soll ich mein eigen Kind nicht mehr zwingen können?“ Die Mutter schlug die Hände vor das Gesicht und sank schluchzend auf einen Stuhl. Diese Pause benutzte Johannes, sich zu erheben. Er suchte dem Vater auszuweichen. Der folgte ihm an die Wand und schlug von neuem zu. Mit peitschenden peitschenden Hieben und knirschenden Zähnen. Johannes hörte die Mutter schluchzen. Er hätte zu ihr hin-triefen mögen: Hier, siehst du nicht? Dein Kind, dein eigen Kind, es wird gebändigt... Die Alte, die händeringend zugehauert hatte, wach zur Tür hinaus. „Wißt du? Wißt du immer noch nicht?“ leuchtete der Vater heißer. Aufgebracht durch den unbeugsamen Widerstand des Sohnes, erzürnt über das Dazwischentommen seiner Frau, schlug er in verdoppelter Wut zu. „Und wenn ich dich totschlage und wegen deiner ins Zuchthaus komme, ich zwing dich!“ — Hörst du, Mutter, dein Kind? Siehst du es nicht? Es wird doch gebändigt. Auch du hast es hundertmal gebändigt Mutter! — Die bunten Motive der Tapete umtanzten ihn. Die Glashüllen der Bilder an der Wand warfen spiegelnde Reflexe. Er war in die Knie gesunken und hielt sich, mit den Ellenbogen an die Wand gepreßt, aufrecht. Jede Bewegung verursachte neue Schmerzen, jeder Schlag verhundertfachte die Qual. Eine grenzenlose Ermüdung kam über ihn, die neuen wahnwitzigen Schmerzen wick. Langsam bäumte der Körper sich auf und fiel gleitend vornüber. Die Ellenbogen berührten den Boden. Streckten sich weit vor. Der Kopf sank auf die ineinandergewühlten Hände. Die Beine lang nach hinten gestreckt, so lag er da, wie verwaschen mit dem Boden, dessen Kühle ihn wohliger ankam. Bei jeder seiner Bewegungen beugte der Vater sich tiefer zu ihm nieder. Ohne Unterlaß, in Schweiß gebadet, wie von Sinnen schlug er, wohin der Stoch traf. Johannes hörte die Mutter wieder rufen. Lebend, bei sich lörend. Da war ja noch die Mutter. — Bei dem Klang ihrer Stimme fuhr er zusammen. Dann fühlte er nichts mehr.

# Rund um den Erdball

Erschütterndes Sittenbild aus dem finstersten Oesterreich

## Sadistische Rache frommer Kulakenfrauen

Die Nebenbuhlerin mit Hilfe des Verführers sadistisch gemartert

Wien, 12. Juni. Am Sonnabend haben sich vor dem Schöffengericht in Leoben in Oesterreich das Kulakenpaar Magnes und die Schwester der Frau Magnes, die Großbäuerin Josefa Hübler, wegen Mißhandlung der jungen Magd Cäcilie Brandner zu verantworten. Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist wie selten geeignet, die geradezu mittelalterliche Geistesverfassung gerade der ländlichen Bevölkerung aufzuzeigen, die im Schatten des Kreuzes, also unter dem Terror des Katholizismus geistig verflümmert.

Da erwiderte also am Ostermontag die Ehefrau Magnes ihren Mann mit der jungen Magd Cäcilie, die er, seine wirtschaftliche Machtstellung ausnützend, auch seitell seit Jahren mißbrauchte. Die eifersüchtige Bäuerin beriet sich nun mit ihrer verheirateten Schwester, der Mitangeklagten Josefa Hübler, und beide Frauen, die in dem Dorf als ganz besonders fromme Beteschwestern gelten, beschloßen nun einen grausamen Plan, um sich an der Nebenbuhlerin zu rächen. Frau Magnes setzte ihrem Trottel von Mann so lange zu, bis der der Cäcilie, die inzwischen verzogen war, einen Brief schrieb und sie in einer „dringenden Angelegenheit“ zu sich bestellte.

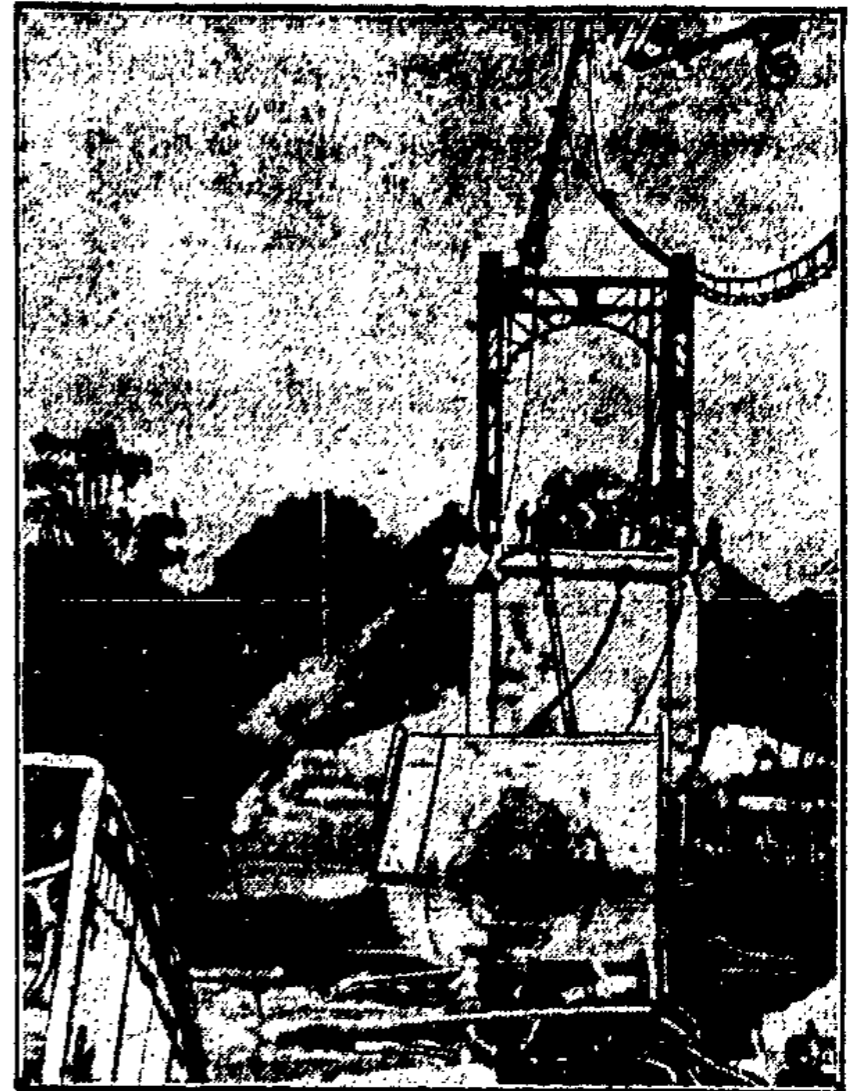
Das war am 27. April. Inzwischen hatten die beiden frommen Kulakenfrauen alles zu ihrem teuflischen Plan vor-

bereitet. Ahnungslos traf um 9 Uhr abends das Mädchen in der Scheune ein, wohin ihr einstiger „Liebhaber“ sie bestellt hatte. Im gleichen Augenblick stürzten sich die beiden angeklagten Frauen wie die Megären auf das Mädchen, rissen es zu Boden, und während die beiden Rasenden das Mädchen mit nassen Birkenruten auf den nackten Unterkörper schlugen und mit Fäusten bearbeiteten, daß es aus Mund und Nase blutete, hielt der Kulak das Mädchen, das er früher mißbrauchte, selbst am Boden fest.

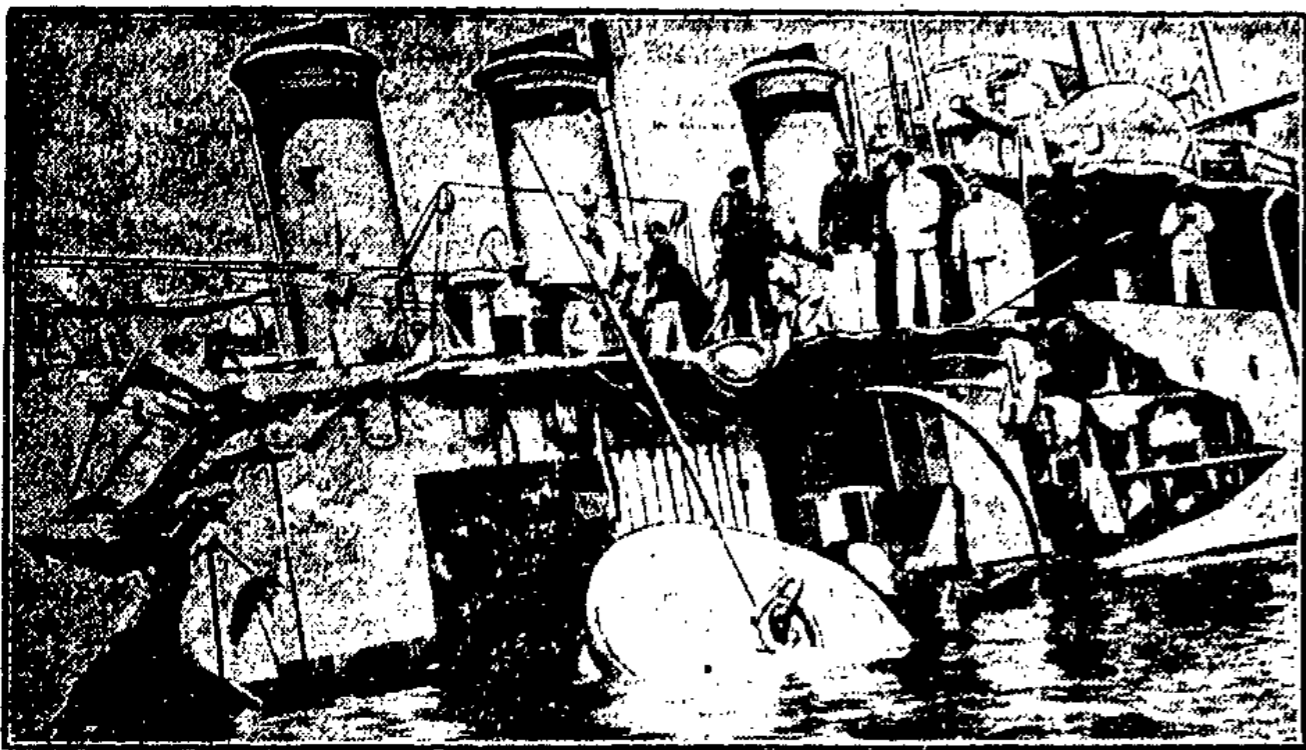
Doch nicht genug mit dieser brutalen Mißhandlung, brachte die Josefa Hübler bereitgehaltenes Bech herbei, und die Ehefrau Magnes schüttete dieses dem mehr toten wie lebendigen Mädchen in die Gesichtsstelle. Dann zertraten diese Bestien in Menschengestalt das ohnmächtig gewordene Opfer bei den Füßen zu einem nahen Bach und tauchten es dort bis zum Kopf in das eiskalte Wasser. Dann ließen sie es hilflos liegen, bis am andern Morgen zufällig Vorübergehende das wimmernde Mädchen fanden und die Schwerverletzte ins Krankenhaus einliefereten.

Es sollte uns nicht wundern, wenn die Klaffrichter vom Schöffengericht Leoben, den mittelalterlichen Moralanfichten dieser Kulaken entgegenkommend, heute ein mildes Urteil sprechen werden.

## Brückeneinsturz bei Bordeaux



Bei der Belastungsprobe einer neuen Brücke in St. Denis de Piles bei Bordeaux rissen die Kabel. Die Brücke stürzte ein und riß über 30 Personen mit sich in die Tiefe. Bisher sind 12 Tote und 19 Schwerverletzte geborgen.



## Schiffe, die sich nachts begegneten

Beim Kriegsspielen der französischen Imperialisten an der nordafrikanischen Küste stießen in der Nacht zwei Torpedoboote zusammen. Die Schiffswand des einen Bootes wurde vollständig zerstört, jedoch konnte das Torpedoboote nach den nächsten Hafen erreichen.

## Skavenhandel

Konsul als Mädchenhändler verhaftet

New York, 12. Juni. In Montevideo wurde der bolivianische Konsul Eugen Gorgoroso wegen Unterstüßung des weißen Sklavenhandels von der Polizei verhaftet.

Der Konsul wird beschuldigt, notorischen Mädchenhändlern, die aus Argentinien ausgewiesen worden waren, bolivianische Pässe ausgestellt und auf diese Weise ihre Rückkehr nach Argentinien zur Fortführung des Mädchenhandels ermöglicht zu haben.

## Blutiges Familiendrama in Neumünster

Sohn erschießt Vater und Mutter und verübt Selbstmord

Neumünster, 12. Juni. Am Freitagmorgen kurz vor 8 Uhr tötete der in Brunnenlampf wohnende 28 jährige Handelsnetzteiler Christoph Müller seinen aus der Stadt heimkehrenden 54 jährigen Vater, den Privatmann Friedrich Müller, durch einen Revolver-schuß in den Hals. Vorher hatte der junge Müller seine Mutter in der elterlichen Wohnung durch einen Schuß in den Kopf niedergestreckt. Christoph Müller beging schließlich Selbstmord durch einen Schuß in die Schläfe. Während Vater und Sohn bereits am Tatort verchieden, konnte die Mutter noch lebend ins Krankenhaus geschafft werden. Ihr Zustand ist hoffnungslos. Die Gründe der Tat sind bisher noch unbekannt.

## Berliner Jazzkönig vor Gericht

Wegen fahrlässiger Tötung eines 25jährigen Mädchens angeklagt

Saarbrücken, 12. Juni. Am Freitag mittag begann vor dem hiesigen Schwurgericht der Senationsprozeß gegen den Berliner Jazzkapellmeister Eric Borshardt, der angeklagt ist, den Tod der 25jährigen Margot Candelier, der Tochter eines französischen Oberlehrers, fahrlässig verschuldet zu haben. Neben ihm auf der Anklagebank sitzt der junge Berliner Musiker Heinz Hoffmann, der der Beihilfe beschuldigt wird. Das ganze zeretzte bürgerliche Milieu, in dem Morphiumsucht und Ausschweifungen aller Art herrschen, wird durch diesen Prozeß wieder einmal auf das grellste beleuchtet.

Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist folgende: Am 13. April dieses Jahres wurde in der Wohnung Borshardts, der seinerzeit

in Saarbrücken musizierte, die 25jährige Margot erstickt aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß Borshardt mit Hilfe des jetzt mitangeklagten Hoffmann versucht hatte, dem Mädchen den Magen auszupumpen. Durch die Ungeschicklichkeit der beiden Angeklagten verschloß der eingeführte Gummi Schlauch die Luftröhre des jungen Mädchens, so daß es qualvoll erstickend mußte.

Bei der Polizei gab Borshardt an, das Mädchen morgens bewußtlos auf der Chaiselongue gefunden zu haben. Da er annahm, daß sich das Mädchen vergiftet hätte, habe er sofort Wiederbelebungsversuche angestellt. In dieser Annahme will er bestärkt worden sein durch den Umstand, daß sich auf dem Tische eine leere Hülle befand, die am Abend noch mit „Phanodorm-Tabletten“ gefüllt war. Da er nun Selbstmord befürchtete und er nicht dadurch „kompromittiert“ werden wollte, habe er mit Hilfe Hoffmanns die Wiederbelebungsversuche vorgenommen. Um 2 Uhr nachmittags des Unglückstages will Borshardt noch Lebenszeichen von dem Mädchen wahrgenommen haben. Gegen 3 Uhr kam dann eine Freundin der Candelier, die den Tod feststellte.

Da bei der gerichtlichen Untersuchung der Leiche auch Spuren von Morphium vorgefunden wurden, vermutet die Staatsanwaltschaft, daß Borshardt auch irgendwelche anderen Manipulationen an der Bewußtlosen vorgenommen hat. Der Angeklagte behauptet zwar, daß die Candelier das Morphium selbst zu sich genommen hat, das er auf dem Tisch stehengelassen habe. Er selbst, der starker Morphiumist ist, hat sich in der Unglücksnacht, um schlafen zu können, 25 Injektionen des gefährlichen Gifts gemacht. Als eine geradezu unglaubliche Fahrlässigkeit gegenüber der Kranken wird den beiden Angeklagten vorgeworfen, daß sie es unterlassen haben, einen Arzt zu rufen, damit dieser eingreifen konnte.

## Unwetterkatastrophe in Angora

30 Personen ertrunken

London, 12. Juni. Anhaltende Regenfälle haben in Angora und in der Umgebung der Stadt riesige Überschwemmungen hervorgerufen, bei denen 30 Personen umgekommen sind.

## Heuschreckenschwärme fressen 20 000 ha Raßekahl

Der Süden Bessarabiens wird bereits seit einigen Tagen von ungeheuren Heuschreckenschwärmen heimgejagt. Nicht weniger als 20 000 Hektar Saatland sind bisher von den Heuschrecken vernichtet worden. Etwa 15 000 Bauern arbeiten Tag und Nacht an der Bekämpfung der Plage.

... aber ganz unter uns!



Hier scheint der Pelikan seinem Herrn etwas ganz Vertrauensvolles ins Ohr zu flüstern — eine nicht ganz ungefährliche Angelegenheit für den Wärter, denn bekanntlich haben Pelikane eine außerordentliche Kraft in ihrem Schnabel

**Der rote Mark Roman ist da!**

Band 5: FRANZ KREY  
**Maria und der Paragraph**  
 2. Auflage!

Internationaler Arbeiter-Verlag  
 Berlin C 25, Kleine Alexanderstr. 28

## Selbstmord eines Doppelmörders

Der Doppelmörder Hans Stiegler, der am Montag früh zwischen Dietenhofen und Neudorf den Güllersohn Ludwig Meier niederschloß und die Güllerstochter Niedermann durch einige Schüsse tödlich verletzte, wurde am Donnerstag früh als Leiche aus einem Weiher bei Neudorf gezogen. Stiegler hat vermutlich gleich nach der Tat Selbstmord verübt.

## Riesenfeuer im Flughafen von Malmö

Bei einem Brand auf dem Flughafen von Malmö wurden große Flugzeugschuppen, mehrere Kontorgebäude und ein großes dreimotoriges Junkersflugzeug zerstört. Der Schaden beträgt über eine Million Kronen.

## Kinderhospital vom Zyklon zerstört

Ein Zyklon verwüstete am Donnerstag weite Gebiete von Nord-Australien. Viele Wohnhäuser und öffentliche Gebäude, darunter ein Kinderhospital, wurden vom Sturm zerstört.

Bearbeitet von: Richard Krause, Berlin.

# PROLETARISCHES FEUILLETON

Zum Solidaritätstag am 14. Juni

## ZUS. und der Bischof von St. Gallen

Von Rötzel (Zürich)

In der Schweiz, im schönen Schwarzthal, im Toggenburg, ist „der Teufel“ los. Denkt euch, dort hat sich seit Jahrzehnten und Jahrzehnten eine solche Menge von Geduld und Fügsamkeit in den Arbeitern angesammelt, daß sie, wie die Herren Pfaffen, Ausbeuter und sonstigen Bourgeois meinten, mindestens für eine halbe Ewigkeit ausreichen müßte. Und nun — ganz unerwartet — kriegte diese Geduld ein Loch. Und dazu ein recht bedeutendes.

Die Spinnerei und Weberei Dietzfurt u. G. in Dietzfurt und Büschwil hat ausgerechnet, daß sie zwar aus ihren Arbeitern recht nette Sümmchen herauspreßt, daß es aber noch mehr ein Wunne. Und da gerade Krise ist und man ein wenig am Abbauen ist, wollte sie gerade richtig dran gehn. Gruppenarbeit mit

Schweiz. Sie will den Streikenden helfen. Suppenküchen einrichten, Lebensmittelpakete verabreichen. . .

Erfreut und mit sehr erleichtertem Herzen gibt der Gemeindevorsteher die Bewilligung zur Benützung der notwendigen Räumlichkeiten. „Ach, jetzt fällt mir ein Stein vom Herzen“, sagt er. Denn niemand hat bis jetzt Mücke gemacht, den Streikenden beizustehen. Nur die ZUS.

Aber — die SP. und die Reformisten strecken ihre Rüssel vor. Der Textilarbeitersekretär Thut, die langweilig-fade Figur, die aus einem Methodistenroman Sinclair Lewiss' herausgeschnitten sein könnte, ist mit dabei. Der träumt nichts von nichts Schlimmerem als von Kommunisten, ich glaube, der hat vor klappernder, wüstenhafter Angst seit 1920 Hämorrhoiden bekommen.

„ZUS. — das sind Kommunisten!“ zetert er, zetern die anderen, zetern alle. Kommunisten in Toggenburg, das ist unglaublicher als wie ein Komet mit Spiralschwanz!

Ganz Toggenburg gerät in Aufruhr. Wie wehrt man sich gegen kommunistische Bazillen, noch dazu jetzt, wo die Arbeiter streiken?

Ein Serum wird gefunden. Nur keine ZUS! Aber die Arbeiter hungern. . . Da muß man in den sauren Apfel beißen und selber was tun.

Der Bischof von St. Gallen schickt 1000 Franken für die Streikenden!

Gabs etwas schon? Eine Suppenküche wird eingerichtet von ganz anderer Seite als der ZUS. Und locken wird der Cäcilienverein. Na ja, für irgend etwas ist der Cäcilienverein schließlich da. Aber daß man all dies erst sieht, wenn die ZUS. kommt?

Noch behauptet die Kirche in Toggenburg ihre Positionen. Den Arbeitern und Arbeiterinnen wird flüchtig eingeheizt. Sie dürften — bei hoher Gottesstrafe — nichts von der ZUS. annehmen! Gar nichts!

Man verläßt sich in dieser Beziehung doch nicht ganz auf die Cäcilienjungfrauen. Auch ein Idealist, auch der gottgläubigste Pfaffe kann schließlich annehmen, daß einem hungrigen Arbeiter ein Stück Fleisch in der Suppe lieber ist, als drei Duzent eingetochte Vaterunser in leerer Brühe. . .

So wird dann den Arbeitern mit dem Begehr gebröckelt, wenn sie etwa eine Solidaritätsgabe der ZUS. annehmen sollten. Selbstverständlich hat ein Teil der Toggenburger Weber auf diese Drohungen gepfiffen und die große Mehrheit hat erkannt, daß diese 1000 Franc nicht als Hilfe, sondern als Zubasgeld gedacht waren. Sie werden nicht für diesen dreißigen Tausendmarktschein ihre und ihrer Kinder glückliche Zukunft verkaufen, und haben durch die ZUS. einen guten Anschauungsunterricht über internationale Solidarität bekommen.

### IAH.KÜCHE



„eventualer Lohnaufteilung wurde eingeführt und gleichzeitige Abfordröhne so angelegt, daß die Arbeiter nach dem neuen System zwar mehr leisten müssen, aber bis zu 50% kleinere Löhne bekommen.“

Was taten die Toggenburger Weber, die zum größten Teil gar nicht organisiert sind und deren organisierter Teil hauptsächlich im Lager der Christlichsozialen steht?

Ein Teil übte passive Resistenz und trat dann in Streik. Ein anderer Teil wurde ausgesperrt.

Eine ganz unerwartete Sache. Ja, wo ist denn nun die Schuld? Wo der Wille, alles und noch mehr zu ertragen? Toggenburger Arbeiter streiken!

Schon in normalen Zeiten sind die Toggenburger Proleten recht armelig dran. Hungern und kufsten sich durchs Leben und hoffen auf das bessere Jenseits. Jetzt hat aber das Diesseits sie so sehr gezeichnet, daß die Hoffnung auf später zu schwach war, um weiterhin stille zu halten.

Streikende Arbeiter verdienen nichts und müssen doch essen und Frau und Kinder auch.

Die ZUS. kommt, die junge, laune geborene ZUS. Der

## Tierschutz

Von Chr.

Da soll noch einer behaupten, die Bourgeoisie hätte kein gutes Herz und es gäbe keine Demokratie!

Da gibt es in den Dschungeln von Afrika wilde Büffel, Antilopen und anderes Getier. Auch Elefanten und Schmetterlinge. Alle diese Tiere sind dauernd der Lebensgefahr ausgesetzt im Kampf um das Dasein. Und die Jäger haben an ihren Generationen große Breschen geschlagen. Sie sind dem Untergang geweiht. O, die armen Tiere! Man muß sie retten. Zu diesem Zwecke müssen die Negerstämme, die in Belgisch-Kongo fast ausschließlich von Jagd leben, vertrieben werden. Man nimmt ihnen einfach das Brot. Was weiter aus ihnen wird, ist schließlich ganz egal. Einige Tausend Antilopen bleiben am Leben, einige Tausend Neger werden verhungern. Das nennt sich Tierschutz und ein kostspieliger Tierschutzpark wird angelegt.

Für Menschenschutz hat man nichts übrig. Der Kolonialsklave ist nicht Objekt der kapitalistischen Wohlthat. In den Faktoreien von Belgisch-Kongo pflegen die Sklavenhalter des belgischen Imperialismus die renitenten Neger als Strafe in die Erde einzubuddeln, daß bloß der Kopf sichtbar ist, — auch das ist ein beliebtes Mittel: man steckt den ungehorhamen Neger in einen Ameisenhaufen und freut sich dann, wenn er nach einigen Tagen als Skelett zum Vorschein kommt. Man ließ sie an Pfählen anbinden und verbrennen. Das war die Praxis der belgischen Kolonialpolitik Jahrzehnte hindurch. Die Engländer blühten jedoch neidisch auf das Kongogebiet, sie wollten der belgischen Konkurrenz das Wasser von der Mühle nehmen. Deshalb schrien sie Alarm und veröffentlichten die Zustände in Belgisch-Kongo. Aber die Belgier lächelten sich und veröffentlichten die Zustände in den englischen und französischen Kolonien. Die Spiegel empörten sich. Es geschah jedoch nichts.

Und heute? Es hat sich seit dem Krieg nicht viel geändert. Aus einem Gebiet von zwei Millionen Morgen Wald werden die Neger vertrieben. Zugunsten der Antilopen! Aus Humanität!

## Die Bohne / Von Felix Harn

Der Direktor des Zuchthauses grüßte jetzt die Alten Broderßen und las: Peter Broderßen, Landwirt, geboren am 23. März 1890 in B. (Schleswig-Holstein), wohnhaft dortselbst, verheiratet. Aus der Strafanstalt N. überführt zwecks Verbüßung einer Zuchthausstrafe von insgesamt zwei Jahren und sechs Monaten wegen tätlichen Angriffes auf einen Gefängnisbeamten, in Tateinheit mit Totschlag. — — —

Vor einem Jahr war der Landwirt Peter Broderßen wegen Beamtenbeleidigung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Bedrohung und Aufreizung zum Landfriedensbruch zu einer Gefängnisstrafe von zusammen elf Monaten, unter Anrechnung von fünf Monaten erlittener Untersuchungshaft, bestraft worden. Es war wegen der Steuer. Sechs Wochen bevor er aus dem Gefängnis entlassen werden sollte, sah er eines Morgens beim Rund-

gange im Hof eine Bohne, eine einfache weiße Bohne, am Wege liegen. Er hielt seinen Schritt an, natürlich hielt der Bauer Broderßen seinen Schritt an.

„Weitergehen! Abstand bewahren!“, erscholl sofort die scharfe Stimme eines Aufsehers. Zwei-, dreimal kam Broderßen an der Bohne vorbei. Er mußte sie haben! Wie unversehens ließ er seine Mühe, die er abgenommen hatte, fallen, um sie zusammen mit der Bohne wieder aufzuheben. Bei seiner Arbeit in der Zelle — Broderßen hatte Fäden zu weben — nahm er die Bohne unter seine Zunge und freute sich des bitter-süßen Geschmacks. Am nächsten Morgen brachte er eine Handvoll Erde vom Hofe mit nach oben. Als abends Ruhe in dem großen Bau herrschte, nahm Broderßen aus seinem Puckkasten den Dedel einer kleinen, runden Blechschachtel, füllte ihn mit der Erde, legte diese und drückte die Bohne hinein.

Einem Augenblick stand er ganz losgelöst von allen und fromm da: Der Landmann Peter Broderßen hatte der Erde eine Frucht übergeben, damit sie keime. Und sie begann zu keimen, die kleine weiße Bohne. Nach einiger Zeit sproß ein dünnes, tränkliches Hälmchen auf, das sich langsam entwickelte. Während der zwei Stunden am Tage, wo die Sonnenstrahlen sein Fenster trafen, stellte Broderßen den Blechdeckel auf das untere Quereisen des Gitters, und jedesmal, wenn er den Eintritt eines Beamten vermuten konnte, war er mit einem Sage am Fenster, um das Pflänzchen in Sicherheit zu bringen. Wie er es liebte. . . In den Mondnächten stand er lange davor. . .

Er, der Bauer, dem die Viertelstunde der Bewegung auf dem Gefängnishofe die Kraftpendlerin für den ganzen endlosen Tag war, verzichtete auf den Rundgang, aus Furcht, ein revidierender Beamter könne seine Bohne entdecken. Daß er jetzt jedem Aufseher, der in der Zelle erschien, sofort entgegenkam und unwesentliche, hastige Fragen stellte, fiel allmählich unter dem Personal auf. Bei dem Gefangenen Broderßen stimmte etwas nicht. . . .

Eines Tages, während der Arbeitszeit, beschäftigte ein schneidiger, neuernannter Inspektor unvermittelt die Zelle. Broderßen konnte gerade noch eine Lücke über das vor ihm stehende Pflänzchen klüpfen, als der Beamte schon in der Tür stand.

„Schranke öffnen! . . . Puckkasten öffnen! . . . Wo ist der Dedel der Sanddose?“ — Broderßen wußte es nicht. . . .

„Bett herunterklappen! . . . Dedel auseinander!“

Es fand sich nichts.

Das Gitter wurde abgeklopft. Nichts Verdächtiges.

Da hob der Schneidige, als Broderßen sein Bett wieder in Ordnung brachte, und einen bangen Blick auf den Tisch warf, die aufrecht stehende Lücke hoch, riß das Pflänzchen aus seinem winzigen Beet und schleuderte alles in die Ecke.

Dampf aufstöhnend stand Broderßen still.

Höhnliche Frage: „Sie wollen hier wohl Ihren Kohl. . .“

Ein Aufschrei und der Beamte lag am Boden.

„Ich — mache — dich — kalt — du — Hund. . .!“

Die Saat des Bauern Peter Broderßen wurde von den Behörden wieder getrampelt. . . .

So war alles gekommen.



## In den Sommer mit der Kamera

führt uns der neue „Arbeiter-Fotograf“, der diesmal wirklich eine ganz ausgezeichnete Nummer geworden ist. — unter volle Fotos über die Maidemonstrationen, ein Bild aus einer Kollektivwirtschaft in der Sowjetunion sowie viele andere interessante Bilder, unter denen besonders ein Foto „Polizeiaufsicht“ (Wohlfahrtserwerbslose werden von Polizei zu Pferd beim Buddeln beaufsichtigt) hervorzuheben ist. Der „Arbeiter-Fotograf“ bringt diesmal neben einigen allgemeineren kurzen Beiträgen über das Fotografieren im Sommer einen Artikel „Arbeiten mit Filmpapier“ sowie einen technisch-historischen Beitrag „Wie alt ist die Fotoplatte?“ — „Können Arbeiter filmen?“ Diese Frage beantwortet ein anderer Beitrag durchaus positiv, indem er feststellt: Filmen ist Kollektivarbeit. Die Bilderkritik des „Arbeiter-Fotografen“ wird auch bei Nichtfachleuten großem Interesse begegnen, lehrt sie doch „richtig leben“

# Das Gesicht dem Dorfe zu!

## Die Agrarfrage in der Plenartagung des Zentralkomitees der KPD.

Die Proklamierung des Bauernhilfsprogramms der KPD durch den Genossen Ernst Thälmann in seiner Oldenburger Rede vom 16. Mai hat nicht nur schon in den wenigen Wochen seit der Veröffentlichung dieses historischen Dokumentes bei den breitesten Massen der Werktätigen auf dem Lande stärksten Widerhall ausgelöst, sondern zugleich eine Fülle von hasserfüllten Reaktionen aus der Front der Volkseinde. Die entschlossene Initiative, die die Partei der deutschen Kommunisten auf dem Wege der Volksrevolution entfaltet, um das Bündnis zwischen Stadt und Land, die Einheitsfront aller Arbeitenden und Notleidenden gegen das bankrotte kapitalistische System zu entfalten, jagt den Mühsüßern und Lakaien der kapitalistischen Ordnung, den Brüningsparteiern, den sozialdemokratischen Führern, den Nationalsozialisten, den Junkern und Stahlhelmern Furcht und Schrecken ein. Umso bedeutungsvoller ist es für die Massen der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land, zu erfahren, wie das Bauernhilfsprogramm der KPD. entstand, welche ersten politischen Erwägungen die Führerin des Freiheitskampfes der Arbeiter und Werktätigen in Deutschland, die KPD., zu diesem Schritt veranlaßte. Nachstehend veröffentlichen wir die wichtigsten Reden, die in der Tagung des Zentralkomitees der KPD. am 14. und 15. Mai zur Agrarfrage gehalten wurden und deren Ergebnis die Aufstellung des Bauernhilfsprogramms der KPD. auf Vorschlag des Genossen Thälmann bildet.

Die Proklamierung des Bauernhilfsprogramms der KPD. durch den Genossen Ernst Thälmann in seiner Oldenburger Rede vom 16. Mai hat nicht nur schon in den wenigen Wochen seit der Veröffentlichung dieses historischen Dokumentes bei den breitesten Massen der Werktätigen auf dem Lande stärksten Widerhall ausgelöst, sondern zugleich eine Fülle von hasserfüllten Reaktionen aus der Front der Volkseinde. Die entschlossene Initiative, die die Partei der deutschen Kommunisten auf dem Wege der Volksrevolution entfaltet, um das Bündnis zwischen Stadt und Land, die Einheitsfront aller Arbeitenden und Notleidenden gegen das bankrotte kapitalistische System zu entfalten, jagt den Mühsüßern und Lakaien der kapitalistischen Ordnung, den Brüningsparteiern, den sozialdemokratischen Führern, den Nationalsozialisten, den Junkern und Stahlhelmern Furcht und Schrecken ein. Umso bedeutungsvoller ist es für die Massen der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land, zu erfahren, wie das Bauernhilfsprogramm der KPD. entstand, welche ersten politischen Erwägungen die Führerin des Freiheitskampfes der Arbeiter und Werktätigen in Deutschland, die KPD., zu diesem Schritt veranlaßte. Nachstehend veröffentlichen wir die wichtigsten Reden, die in der Tagung des Zentralkomitees der KPD. am 14. und 15. Mai zur Agrarfrage gehalten wurden und deren Ergebnis die Aufstellung des Bauernhilfsprogramms der KPD. auf Vorschlag des Genossen Thälmann bildet.

## Das Referat des Genossen Kau

Einleitend schilderte der Referent den internationalen Charakter der Agrarkrise, ihren Zusammenhang mit den gewaltigen technischen Umwälzungen, Einzug von Traktor und Mähdreher in die Landwirtschaft, Steigerung der Produktion bei gleichzeitiger starker Einschränkung des Absatzmarktes, den engen Zusammenhang mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus und Weltwirtschaftskrise, die Verschärfung der Agrarkrise durch die zunehmende ungleichmäßige Entwicklung zwischen Industrie und Landwirtschaft im Zeitalter des Monopolkapitalismus, die durch sie verursachte Verschärfung der Klassegegensätze und Klassenkämpfe in den kapitalistischen Ländern und Kolonien sowie Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze und Kriegsgefahr.

Der Krise in den kapitalistischen Ländern stellte Genosse Kau den gewaltigen sozialistischen Aufbau der Landwirtschaft in der Sowjetunion gegenüber, zeigte die Überlegenheit der sozialistischen Organisation der Landwirtschaft gegenüber dem kapitalistischen System. Daran anschließend behandelte der Referent die Lage in Deutschland.

## Die Agrarkrise in Deutschland

Ihren besonderen Charakter erhält die Agrarkrise in Deutschland durch die große technische Rückständigkeit gegenüber den überseeischen Hauptagrarländern. Die die ganze Agrarproduktion umwälzenden modernen Maschinen werden in der deutschen Landwirtschaft nur in ganz geringem Maße angewandt, während z. B. in Amerika eine Million Traktoren in der Landwirtschaft laufen, sind es in Deutschland 20 000 bis 25 000; während in Amerika 80 000 Mähdreher angewandt werden, sind es in Deutschland 25. Traktor und Mähdreher ermöglichen die Erschließung bisher nicht bebauungsfähiger Ländereien, bei denen die Bodenpreise sehr gering sind, die Bodenrente eine geringe Rolle spielt. Die Produktionskosten auf diesen Ländereien mit den modernen Maschinen sind bestimmend für den Wert der Agrarprodukte und damit auch für den Preis am Weltmarkt. Die westamerikanischen Großfarmer können bereits den Zentner Weizen mit 2,85 Mark auf den Markt bringen und haben dabei noch Profit.

Eine besondere Verschärfung erfährt die Agrarkrise in Deutschland auch dadurch, daß in Verbindung mit den Reparationslasten die Gesamtwirtschaftskrise in Deutschland besonders intensiv ist. Der rückständige Landwirtschaft in Deutschland steht ein hoch entwickelter Monopolkapitalismus gegenüber. Eine der Auswirkungen dieser Tatsache ist, daß die Preisstürze zu ungunsten insbesondere der bäuerlichen Wirtschaft besonders weit offen steht; die Steigerung der Steuerlasten für die Bauernmassen ist in Deutschland besonders stark, die Zinsen für Kredite höher als in den anderen kapitalistischen Ländern. Im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit steht der steigende Bodenpreis, den die Großagrarier dazu ausnutzen, trotz der Krise die Pachtzinsen für Pächter enorm zu steigern.

Unter allen diesen Bedingungen ist die

### Verschuldung der deutschen Landwirtschaft

die durch die Inflation beseitigt war, seit 1924 mit rund 12 Milliarden Mark fast auf die Höhe der Vorkriegsschuldung angewachsen. Die Verzinsung dieser Schuld erfordert jährlich rund 1 Milliarden Mark oder rund ein Drittel mehr als in der Vorkriegszeit.

Die werktätige Bauernschaft verendet in raschem Tempo an der Scholle, ein großer Teil ist bereits an der Grenze des physischen Minimums angelangt, Pfändungen, Zwangsversteigerungen, Verjagung des Bauern von der Scholle stehen auf der Tagesordnung.

### Die Agrarpolitik der deutschen Bourgeoisie

ist völlig agrarisch orientiert, bedeutet einerseits eine Politik der Verelendung der Arbeitermassen und andererseits die Vernichtung der Bauernschaft. Bereits unter der sozialdemokratischen Hermann-Müller-Regierung zeigte eine geradezu ungeheuerliche Steigerung der Zölle ein, die von der Brüning-Schleier-Regierung zur höchsten Blüte weiter entfaltet wurde. Die Getreide- und Futtermittelzölle in Deutschland sind teilweise dreimal so hoch wie die Getreidepreise am Weltmarkt. Durch Zölle, Liebesgaben, Steuererleichterungen usw. werden den Agrarkapitalisten jährlich rund 4 Milliarden Mark in den Taschen geworfen. Die Ursachen für diese wahnwitzige Wirtschaftspolitik liegen auf politischem Gebiet. Angesichts der Zuspitzung der Klassenkämpfe in Deutschland erlaubt sich so das Finanzkapital das Bündnis mit dem Junkertum, das auch in der Republik führende Positionen vor allem im Heer, in der Polizei, im oberen Beamtenapparat innehat.

Anstrengungen des Finanzkapitals zu einer gewissen Abmilderung dieser Lage gehen in der Richtung auf Umstellung der Großbetriebe zur sogenannten Veredelungswirtschaft. Damit hängt zusammen die planmäßige staatliche Förderung der Wirtschaft im Großbetrieb, Standardisierung usw. Es geht dabei nicht nur um Verteuerung von Fleisch, Milch, Futter für die konsumierenden Massen, sondern auch darum, den verengten Markt für diese Produkte den Junkern und Käufern zu sichern. Gegenüber den Klein- und Mittelbauern betreibt man eine

### Politik der planmäßigen Vernichtung der bäuerlichen Wirtschaft

Diese Linie geht auch ganz klar aus der Verordnung der Brüningregierung über die Kontingentierung des Zuckerrübenanbaus hervor, nach der die bäuerlichen Rübenproduzenten im Süden

## Die Lage der Landarbeiter

Zur Senkung der Produktionskosten in der Großlandwirtschaft führen die Agrarunternehmer eine ungeheure Offensive gegen die Landarbeiterschaft zum Abbau der Löhne um 10 bis 30 Prozent durch. Die Sozialfaschisten, die Nationalsozialisten und der ganze staatlche Machtapparat unterstützen diese Offensive. Selbst bei den kleinsten Gutstreifen nahmen sie gegen die Landarbeiter Stellung, organisierten Streikbruch, Polizei wurde eingesetzt usw. Gleichzeitig wird das Arbeitstempo verschärft an Stelle von ständigen Arbeitern tritt mehr und mehr der Saisonarbeiter, Männer werden durch Frauen und Jugendliche ersetzt, Kinderausbeutung nimmt zu. Die wenigen Urlaubstage werden geraubt, die Arbeitszeit verlängert. Die Dauer-Massenarbeitslosigkeit hat auch unter der Landarbeiterschaft eingesetzt.

Hier müssen wir mit unserer Politik einlegen. Nach Rücksprache mit dem Genossen Thälmann möchte ich auf einige Hauptgesichtspunkte unserer Arbeit hinweisen. In unserer Arbeit auf dem Lande müssen wir den Landarbeitern und werktätigen Bauern klar zeigen, daß es innerhalb des kapitalistischen Systems für sie keine Rettung gibt, daß ihre Verelendung ständig fortschreitet. Der einzige Ausweg ist die Beseitigung dieses Systems, die Schaffung eines Sowjetdeutschlands. Nur im Aufbau des Sozialismus können sie eine Hebung ihrer sozialen und kul-

turellen Lage erreichen, die Herren des Traktors werden. Wir müssen diese Propaganda verbinden mit der Organisation und Führung der täglichen Kämpfe der Landarbeiter und werktätigen Bauern.

Wir leben unter der Landarbeiterschaft eine steigende Aktivität. In einer Reihe von Bezirken haben in diesem Frühjahr zum ersten Male wieder Landarbeiter gestreikt, wobei die Mehrzahl der Kämpfe erfolgreich, teilweise mit Lohnerhöhungen, beendet werden konnten. Die KPD. und die roten Landarbeiterverbände gewinnen von Tag zu Tag größeren Einfluß unter der Landarbeiterschaft. Auf einigen hundert Gütern wurden in diesem Frühjahr rote Gutsräte gebildet. Diese steigende Aktivität ermöglicht uns, ganz konkret gegenüber der Offensive der Agrarkapitalisten die Frage eines breiten allgemeinen Streiks der Landarbeiterschaft zu stellen.

### Streiks der Landarbeiterschaft

in den mittel-, ost- und norddeutschen Landarbeitergebieten für die Erntezzeit zu stellen. Wir müssen entschlossen an die Vorbereitung dieser Kämpfe gehen, dabei alle die Lehren, die die Kämpfe der letzten Zeit gebracht haben, beachten. In Verbindung mit der Vorbereitung und der Führung des Kampfes gilt es, die KPD. und die roten Landarbeiterverbände auf dem Lande auszubauen, die breiteste Massenorganisation der Landarbeiter zu schaffen.

## Die Lage der werktätigen Bauern

Bei der werktätigen Bauernschaft muß man feststellen, daß ihre Radikalisierung bis jetzt in der Hauptsache den Nationalsozialisten zugute kam. Aber man kann heute bereits ein Wachsen der Enttäuschung der ins nationalsozialistische Lager verirrten werktätigen Bauern, teilweise bereits schon Abwanderung an die Seite des revolutionären Proletariats feststellen. Diesen Prozeß, die Gewinnung der werktätigen Bauern für die proletarische Revolution, können wir nur beschleunigen, wenn unsere Arbeit auf diesem Gebiete ganz entschieden gesteigert und auch qualitativ gebessert wird. Noch allzu sehr ist unsere Bauernarbeit auf parlamentarische Arbeit eingestellt. Hier gilt es, eine entschlossene Wendung zu machen, um unsere Bauernarbeit auf außerparlamentarische Aktionen einzustellen.

Einige Beispiele — noch allzu wenige — haben wir bereits in dieser Richtung: so den Streik von Bauern in Süd-Mecklenburg gegen die von der deutsch-nationalsozialistischen Regierung geforderte Rückzahlung der Kredite, ihren Kampf gegen Pfändungen und Zwangsversteigerungen, der mit Unterstützung der Arbeiter geführt wird; wir haben in Pionitz (Brandenburg) und Gonnitz (Sachsen) und in anderen Orten die Verhinderung von Zwangsversteigerungen durch Arbeiter und Bauern usw. In dieser Richtung gilt es, weiter vorzutreten, wobei auch unsere Parteipresse ganz bedeutend mehr wie bisher sich mit der Lage der Bauernschaft beschäftigen und kollektiver Organisator der Bewegungen der werktätigen Bauern werden muß. In der Arbeit unter der Bauernschaft ist es von besonderer Wichtigkeit, daß unsere Genossen die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse die besonderen Fragen in den einzelnen Orten und Gebieten beachten und sehen, wo den Bauer der Kampf wo konkreter angepaßt werden muß. In Verbindung mit dieser Arbeit

gilt es, ein breites Netz von bäuerlichen Kampfkomitees zu schaffen.

### Die revolutionären Bauernorganisationen

zu stärken, die Verbreitung ihrer Presse zu unterstützen und die Oppositionsbewegung in den agrarisch geleiteten Massenorganisationen vorwärts zu treiben.

Die Durchführung dieser Aufgaben unter der Landarbeiterschaft und Bauernschaft erfordert gleichzeitig einen wesentlichen Ausbau unserer Patenschaftsarbeit, nicht allein in der Richtung, daß alle Zellen einen oder mehrere Orte ständig bearbeiten, sondern auch, indem die Zuteilung der Patenschaften weniger schematisch und mehr nach politischen Gesichtspunkten erfolgt. So müssen die Betriebszellen, in denen Zwerge oder Kleinbauern als Lohnarbeiter tätig sind, ihre Patenschaftsarbeit in den Wohnorten dieser Schichten leisten und so die Dorfarbeit mit ihrer Betriebsarbeit verbinden. Die Dorfarbeit muß ein beständiger Bestandteil unserer Parteiarbeit und systematisch durchgeführt werden. Ein besonders schwacher Punkt ist in unserer Arbeit auch die Herausgabe von Dorfzeitungen; insgesamt werden nur 400 solcher Zeitungen herausgegeben, obwohl gerade diese Organe unsere beste Agitationswaffe sein können.

Ferner gilt es, den Zustand, daß die Landarbeit eine Resortarbeit ist, zu liquidieren. Schon in den Bezirksleitungen müssen Volk, Org., Gewerkschafts- und Agitationspropaganda mehr als bisher diese Arbeit als eine Aufgabe der gesamten Parteioorganisation leben und sich um diese Arbeit kümmern.

Die objektiven Bedingungen für die Gewinnung der Massen im Dorfe sind günstiger als je. Gehen wir mit der unserer Partei eigenen Entschlossenheit an die Lösung der im Dorf und auf den Landgebieten vor uns stehenden Aufgaben, dann werden wir auch hier eine breite Welle der revolutionären Bewegung schaffen.

# Genosse Thälmann über die Bauernnot und die Arbeit der KPD. auf dem Lande

## Rede auf der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Im Anschluß an das Referat des Genossen Kau zur Agrarfrage wurde auf der Plenartagung des ZK. das Problem in einer gründlichen Diskussion behandelt. Von besonderer Wichtigkeit waren die Ausführungen des Genossen Ernst Thälmann über die Lage der Bauernschaft und unsere Arbeit auf dem Lande, aus denen wir nachstehend Auszüge wiedergeben:

Entsprechend unserer strategischen Hauptlösung, der Organisierung der Volksrevolution, müssen wir unsere Politik darauf einstellen, alle werktätigen Schichten des Volkes unter der Hegemonie des Proletariats zur Vereinerung des kapitalistischen Systems zu sammeln, und eine große, geschlossene, einigte Volksherrschaft des Kampfes für eine Arbeiter- und Bauernregierung zu Stande zu bringen. Das bedingt, daß wir in unserer Arbeit unter den Landarbeitern und werktätigen Bauern eine entscheidende Rolle zu spielen. Wenn wir von einer Wendung sprechen, so bedeutet das selbstverständlich nicht, daß wir etwa an Stelle unserer bisherigen Politik eine andere, inhaltlich und der Linie nach verschiedene Politik zu setzen brauchen. Wir wollen vielmehr damit zum Ausdruck bringen, daß wir an einem Front-

abschnitt, an dem bisher unsere Arbeit mangelhaft und unzureichend war, nunmehr unsere Kräfte vervielfachen und mit fühnem Elan unsere Arbeit entfalten müssen.

### Die Agrarkrise

Die furchtbare Agrarkrise, die im Weltmaßstab in Verbindung mit der Weltwirtschaftskrise die Lage des Landproletariats und der werktätigen Bauernschaft katastrophal verschlechtert und die sich in Deutschland besonders scharf auswirkt, verpflichtet uns zu dieser Millionenfront. Ich brauche keine ausführlichen Darlegungen über die Weltagrarkrise mehr zu machen. Ich will nur auf die sich immer mehr ausweitende Schere zwischen den Weltmarktpreisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hinweisen, die einen Rückgang von bis zu 80 Prozent aufweisen, und den Preisen der industriellen Produktion, die auf dem Weltmarkt durchschnittlich nur um 8 bis 16 Prozent gesunken sind. Dieses Zurückbleiben der Landwirtschaft hinter der Industrie bedeutet eine dauernde Verschärfung der Krise. Es ist dabei klar, daß insbesondere die minderbemittelten Wirtschaften bei diesem Prozeß am meisten vom Ruin ereilt werden und auf der Strecke bleiben.

die Kleinrentner und die Gemüsebauern in fast allen Teilen Deutschlands werden immer mehr in den Strom des Bauernelends mit hineingerissen. Schließlich dürfen wir auch die Handwerker und Kleingewerbetreibenden im Dorfe nicht unbeachtet lassen, deren Existenz selbstverständlich von der Lage der Bauernschaft abhängig ist und die damit auch an dem allgemeinen Bauernnot teilhaben.

Parteilgenossen, um ein Bild von diesem Bauernelend zu bekommen, muß man sich die Tatsache vergegenwärtigen, daß der Klein- und Mittelbauer in Deutschland, nach bürgerlicher Schätzung, wenn man sein Einkommen auf Stundenlohn umrechnet, je nach Bodenbeschaffenheit und Betriebsverhältnissen, einen durchschnittlichen Stundenlohn von 16 Pf. aufwärts bezieht, der höchstens bis zu 60 Pf. beträgt.

### Bauernschaft und Faschismus

Die Partei hat diese Entwicklung nicht genügend verfolgt und nicht scharf und nicht rechtzeitig genug darauf reagiert. Aber die politische Bedeutung der Arbeit unter den werktätigen Bauern und den Landarbeitern ist angesichts der allgemeinen politischen Entwicklung ungeheuer groß. Wir haben die Rolle der Brüningregierung als einer Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur festgestellt. Nun liegt es auf der Hand, daß die Bourgeoisie zur Erreichung dieses Zieles vor allem die Mittelschichten und besonders die werktätigen Bauernmassen einzufangen sucht. Wir müssen deshalb begreifen, daß unsere Arbeit auf dem Dorf zur Gewinnung der Landarbeiter und armen Bauernmassen ein ungeheuer wichtiger Teil unserer Volksaktion gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur, gegen den Faschismus ist.

Haben wir die Möglichkeit, die revolutionäre Front auf dem Lande zu erweitern? Wir haben unser soziales und nationales Befreiungsprogramm, wir haben unseren alten Programmpunkt der entschädigungslosen Enteignung des Großgrundbesitzes und der Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die Landarbeiter, die kleinen Bauern und Bauernsöhne. Das gibt die Prinzipien und die Richtung unserer Politik auf dem Lande an, an der wir nichts zu ändern gedenken. Aber das allein genügt nicht. Wir müssen die Not der Bauernmassen und ihre Forderungen viel konkreter stellen.

### Unsere Forderungen für die Bauern

Welches sind die wichtigsten Forderungen? Niedererschlagung der Schul- und Zinslast, Befreiung vom Pachtwucher, Verhinderung von Pfändungen und Zwangsversteigerungen, Beseitigung der wucherischen, volksfeindlichen Zölle, sofortige staatliche Beihilfe ausschließlich für die werktätigen Bauern, Arbeitsbeschaffung oder volle Erwerbslosenunterstützung für die auf Lohnarbeit angewiesenen arbeitslosen Zwerg- und Kleinbauern, Alters- und Krankenfürsorge für die kleinen Landwirte, Beseitigung jeder Einschränkung des Anbaues von Zuckerrüben für die bäuerlichen Zuckerrübenpflanzer, sowie der Einschränkung des Brennrechtes der Kleinbäuerlichen Brenner usw.

Mit solchen Forderungen, verbunden mit den besonderen Not und Interessen der besonderen Bauernschichten müssen wir unter die Bauernmassen gehen. Dabei werden wir offen sagen, daß diese Forderungen nur im Kampf an der Seite der Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei durchgesetzt werden können.

## Die Agrarpolitik der deutschen Bourgeoisie

Die Agrarpolitik der deutschen Bourgeoisie ist voller Widersprüche. Wir sehen eine rückständige Technik in der deutschen Landwirtschaft, das Hineinpumpen von Milliarden durch Subventionen und besonders durch phantastisch hohe Zölle, um den Bankrott zu verhindern. Aber diese Stützung der kapitalistischen Agrarwirtschaft, der 18.000 Großgrundbesitzer in Deutschland und des kapitalistischen Großbauernums mit immer neuen Milliarden, vertieft und verschärft zugleich die industrielle Krise, steigert alle Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft, verelendet die Arbeiter, Angeestellten und Beamten, lenkt damit fortwährend die Massenmühseligkeit, läßt die werktätigen Mittelschichten mit Einschluß der werktätigen Bauern verarmen und bedroht sie in ihrer Existenz, ohne auch nur im geringsten die kapitalistische Landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu sanieren und sie auf die Höhe der fortgeschrittenen Agrarwirtschaft anderer kapitalistischer Länder zu bringen.

### Erwerbslosigkeit und Bauernnot

Das charakteristische Merkmal der Agrarpolitik der deutschen Bourgeoisie ist, daß sie einseitig einer dünnen Schicht von Agrarkapitalisten Milliarden opfert. Dies geschah nicht nur auf Kosten der Arbeitermassen, nicht nur dadurch, daß in Folge dieser Politik Millionen hungern, während angehäufte Vorräte andererseits zugrunde gehen. Diese Politik verschlechtert vielmehr gleichzeitig die Lage des größten Teils der Bauernschaft und bedroht sie unmittelbar in ihrer Existenz.

Zu der allgemeinen Notlage der werktätigen Bauern tritt im Zusammenhang mit der Industriekrise das besondere Elend jener großen Masse von Zwerg- und Kleinbauern, insgesamt 4 Millionen Betriebe, die in der Vergangenheit einen Nebenverdienst durch Lohnarbeit in den Fabriken hatten, auf den sie angewiesen waren. Heute sind sie arbeitslos. Das verliert selbstverständlich noch außerordentlich jene Not, die wir überall unter den Bauernmassen antreffen.

### Die Verschuldung der Bauernschaft

In Deutschland gab es bereits eine Agrarkrise, bevor die Weltagrarkrise mit ihrer ganzen Wucht einsetzte. Sie hing zusammen mit dem wachsenden Rückgang des Brotes- und Fleischkonsums in den Städten, der ein Zeichen der Verelendung der proletarischen Massen ist. Durch die Weltagrarkrise wurde das Exportvermögen für Roggen und Kartoffeln in weitem Maße ausgeschaltet. Die mit der Agrarkrise stark anwachsende Verschuldung der Landwirtschaft, die heute mit 11,2 bis 12 Milliarden angegeben wird, wahrscheinlich aber noch höher ist, trifft die werktätigen Bauern viel härter als die Agrarkapitalisten und Großbauern. Denn im allgemeinen müssen die Bauern für ihre Schulden viel höhere Zinssätze zahlen als die Junker, zumal sie von den billigen Krediten (Umwidmung) so gut wie völlig ausgeschlossen werden und sich bei der erschütternden Zinslast keinen anderen Ausweg sehen, als sich den Wucherzinsen auszuliefern.

### Steuermühen und Bauernelend

Auch die ungeheuren Steuerlasten, die auf der Landwirtschaft ruhen, sind heute viel größer als vor dem Kriege. Auch diese Belastung trifft die werktätigen Bauern außerordentlich härter als die Agrarkapitalisten. Es gibt nicht wenige Fälle, in denen werktätige Bauern das Zehnfache an Steuern und mehr im Verhältnis zu Besitz und Ertrag zahlen müssen als der benachbarte Gutsherr. In Baden z. B. zahlen sie durchschnittlich pro Hektar 63,40 Mark, der Gutsherr für dieselbe Bodenfläche nur 24,30 Mark; die Bauern zahlen also um 200 Prozent mehr. In Ostpreußen ist es noch schlimmer.

### Der Zollraub und die Bauern

Eine starke Belastung für die bäuerliche Wirtschaft bilden ferner die Zölle. Weitaus der größte Teil der bäuerlichen Betriebe muß für ihre Veredelungswirtschaft viel mehr Körnerfrucht kaufen, als diese Betriebe auf den Markt bringen. Dadurch wird z. B. die Viehwirtschaft der deutschen Bauern unrentabel im Vergleich mit den benachbarten Ländern wie Dänemark und Holland. Die Futtermittel- und Industriezölle erhöhen die Produktionskosten um etwa 40 Prozent, die Zins-, Pacht- und Steuerlasten, die Agrarpolitik der Brüning-Schiele-Regierung vernichtet die Bauernschaft und trägt wesentlich zu ihrer Verelendung auf der Scholle bei. Diese Lage der Bauern wird noch dadurch verschlimmert, daß sie über ungenügende Abgaborganismen verfügen. Zwischen den Preisen, die der Bauer erhält, und denen, die der Arbeiter in der Stadt bezahlen muß, besteht eine große Differenz. Ungeheure Gewinne bleiben beim Großhandel und bei den Spekulanten. Alles das macht

es verständlich, daß die Lage der werktätigen Bauern immer trostloser, ihre Verzweiflung immer größer wird.

### Liebesgaben für die Großagrarien

Die faschistische Agrarpolitik der Brüning-Schiele-Regierung mit Unterstützung der Sozialdemokratie bringt selbst nach bürgerlichen Berechnungen, z. B. des Zentrumsabgeordneten Professor Dessauer, alljährlich Liebesgaben an die Junker und Kulaken auf Kosten der arbeitenden Massen in Höhe von ungefähr 4 Milliarden Mark zur Auszahlung. Das bedeutet für die fünfköpfige Arbeiterfamilie eine Belastung von 305 Mark jährlich. Für die Kleinbauern springt dabei nicht das mindeste heraus. Allein die „Dörschilfe“, die nur ein Teil dieser Politik ist, gibt den okeanischen Junkern und Agrarkapitalisten 2 1/2 Milliarden. Die Nationalsozialisten und die „Grüne Front“ haben gegen diesen Milliardenraub zugunsten der Großagrarien nichts anderes einzuwenden, als daß er ihnen noch immer nicht weit genug geht.

### Für die kleinen Bauern planmäßiger Ruin!

Andererseits ist diese Politik bewußt und planmäßig auf die Verelendung und Ruinierung der werktätigen Bauern gerichtet. Ich weise hin auf die Denkschrift des preussischen Landwirtschaftsministers, des Zentrumsmannes Dr. Steiger, über die Schwärze in Deutschland. Diese Denkschrift vom 14. April d. J., die die inhumanste Ausrichtung der bäuerlichen Landwirtschaft in Nordwestdeutschland zugunsten der ostelbischen Junker schildert, ist besonders geeignet, den kleinen und mittleren Landwirten von Norddeutschland die Augen zu öffnen, damit sie die Politik der Preussenregierung in ihrem richtigen Licht erkennen. Die sogenannte „Westhilfe“ ist die betrügerische neue Form, in der die Landwirte getäuscht und die große Erbitterung der Bauernmassen erregt werden soll.

Zu den eigentlichen Klein- und Mittelbauern kommen weitere Schichten des werktätigen Landvolkes, die alle gleichfalls Opfer der Agrarkrise sind. Auch die Pinger, die Kleinrentner,

## Wir brauchen ein Bauernhilfsprogramm!

Was wir brauchen, ist eine Ergänzung und Spezialisierung unseres Arbeitsprogramms für die besonderen Schichten der Bauernschaft, für die besonderen Bedingungen der Arbeit auf dem Lande. Ich glaube deshalb, daß es notwendig ist, auf Grund solcher Forderungen, wie ich sie aufzuzeigen versucht habe, ein konkretes Bauernhilfsprogramm der KPD zu schaffen und unter die Massen zu tragen. Das wird die beste Form, entsprechend den heutigen Beratungen des Zentralkomitees praktisch und konkret eine Wendung zur größten Verstärkung unserer revolutionären Arbeit auf dem Lande herbeizuführen.

### Unser Beispiel: die Sowjetunion

Bei dem Kampf um die Gewinnung der werktätigen Bauernschaft haben wir noch eine Stütze, deren Bedeutung von Tag zu Tag wächst: den Aufbau des Sozialismus auf dem Lande in der Sowjetunion. Ende April dieses Jahres waren 12 Millionen, d. h. 48,6 Prozent aller Bauernwirtschaften, kollektiviert. Es ist wahrscheinlich, daß noch in diesem Jahre diese Zahl auf 60 Prozent steigen wird, und daß in den wichtigsten Agrargebieten der Sowjetunion die Kollektivierung fast 100 Prozent aller Bauernwirtschaften umfassen wird.

Genossen, wir müssen die Tatsache hinaustragen unter die Bauernmassen in Deutschland, was die proletarische Revolution den Bauern brachte: 110 Millionen Hektar Land im Werte von 27 Milliarden Mark, die Annullierung von Schulden in Höhe von 4 Milliarden Mark, die Befreiung von 1 Milliarde Mark Pachtzinsen und die völlige Aufhebung aller Steuern für 8 Millionen Kleinbauern. Das waren die ersten Erzeugnisse der proletarischen Revolution, der Sowjetrevolution. Darüber hinaus bringt heute der sozialistische Vormarsch auf dem Lande, die Kollektivierung der Bauern, ein neues, freieres Leben. Das sind bahnbrechende Tatsachen für unsere Agitation und Propaganda!

### Konkretisierung unserer Arbeit

Welche Methoden müssen wir bei unserer Arbeit auf dem Dorfe anwenden? Es ist unmöglich, die politischen Forderungen auf dem Lande in denselben Formen zu behandeln wie bei der Industriearbeiterschaft. Der Bauer steht mit Recht die Leute, die zu ihm sprechen, genau an. Und nur der wird sein Ver-

ständnis finden, der zeigt, daß er das, was dem Bauer auf den Nägeln brennt, selbst weiß und begriffen hat. Das ist in den verschiedenen Teilen Deutschlands ganz verschieden. Überall gibt es andere Verhältnisse, andere Formen der Not, der Tagesforderungen und der Art, wie die Bauern darauf reagieren. Das macht die Arbeit kompliziert. Aber unsere Genossen, wir, die Gesamtpartei, muß trotzdem lernen diese Arbeit in der richtigen, konkreten Weise durchzuführen.

### Die wichtigsten Maßnahmen

Die Möglichkeiten für unsere Partei, auf dem Lande, im Dorfe vorzustoßen, zur Führerin der Landarbeiter und der armen, verelendeten, in ihrer Existenz bedrohten Bauernschaft zu werden, sind ungeheuer groß und wachsen mit jedem Tag. Organisieren wir die Landarbeiter, bauen die KGD und die roten Landarbeiterverbände auf, organisieren und führen wir ihre Kämpfe! Stößen wir bei den Millionen werktätigen Bauern über unsere bisherige ungenügende Arbeit, über die unzulängliche parlamentarische Behandlung und die nur formalisierten Aktionen hinaus vor zur Mobilisierung der Bauernmassen im Zusammenhang mit dem revolutionären Massenkampf in den Städten, im Rahmen der Volksaktion für Arbeit, Brot, Boden und Freiheit gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde! Schaffen wir unser Bauernhilfsprogramm und tragen es in das letzte Dorf zu den rückständigsten kleinen Bauern! Lenken wir die gesamte Partei auf diese ungeheuer wichtige Aufgabe! Ergreifen wir sofort alle notwendigen Maßnahmen, ohne uns irgendwelche durch Schwierigkeiten oder mangelndes Verständnis lähmen zu lassen! Schaffen wir besonders Bauernkomitees und Bauernkommissionen in allen Bezirken Deutschlands, die das Kollektivleben der Bauernmassen erlebten und als wirkliche Helfer der Bauernnot überall aktiv unter dem Banner des Freiheitstempels in Erscheinung treten!

Die Massenarbeit hat außerordentliche Bedeutung im Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur, im Kampf um die Mobilisierung der faschistischen und sozialfaschistischen Organisationen von den werktätigen Massen, im Kampf um die Sammlung und Führung der Massen für den Sieg des Arbeiter- und Bauernregimentes, den Sieg der Volksrevolution über den verfaulenden kapitalistischen Staat!



# Frommes Ehepaar treibt Erwerbslose in die allergrößte Notlage

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß diejenigen, die sich mit dem Scheine des eifrigen Kirchgängers und des frommen Christen umgeben, die größten Heuchler sind und in der Praxis, wie man so sagt, über solchen gehen. Nachstehend schildern wir einen Fall, der recht geeignet ist zur Illustration der verlogenen sogenannten pietätsfüchigen christlichen Moral.

In dem Hause Kreuzstraße 38 wohnt der Eisenbahner i. R. C. Schmolke, eine Familie, die sich nicht genug ihres Gotteslaubens rühmen kann. Im gleichen Hause wohnt auch der Erwerbslose Neumann. Eine Schwester der Frau Neumann, namens Damm, wohnte in demselben Hause und hinterließ bei ihrem Tode zwei Kinder. Das Wohlfahrtsamt bestellte zur Betreuung derselben eine gewisse Frau Nowak, die dann die Wohnung der Kinder mitbezog. Es kam im Verlaufe der Zeit zu einer Auseinandersetzung zwischen dem 15jährigen Damm, welcher der Frau Nowak zur Betreuung übergeben war. Da die Frau Nowak die Wohnung der Kinder mitbezog, schloß sich an dem Sohne. Als nun Frau Neumann ihrem Reffen zu Hilfe eilen wollte, wurde sie von Schmolke und seiner Ehefrau mißhandelt, worüber ein ärztliches Attest vorlag. Nichtsdestoweniger wurde gegen die Eheleute Neumann ein Verfahren eingeleitet und in diesem wurden sie zu einer Geldstrafe wegen Beleidigung und zur Tragung der Kosten verurteilt. Daß eine Verurteilung der Eheleute

Neumann erfolgte, ist ja nicht verwunderlich, da nur ein Gewicht auf die Aussagen der für die Eheleute Schmolke gleichgelimten Zeugen gelegt wurde.

Soweit die Vorgeschichte, und jetzt kommt das skandalöse weitere Verhalten dieser frommen Christen.

Da es Neumann nicht möglich war, die Kosten zu zahlen, wurden ihm einfach Sofa, Schrank und Kommode gepfändet und für einen Schmelzerpreis versteigert. Wie skandalös das Vorgehen der Eheleute Schmolke ist, geht schon daraus hervor, daß selbst die Olga für Menschenrechte versuchte, die Pfändung rückgängig zu machen. Aber alles vergebens. Diese Sorte Christen wollten ihre Rache gestillt wissen und so wurden denn die Möbelstücke versteigert.

So steht die christliche Nächstenliebe in Wirklichkeit aus. Daß grenzenloser Haß gegen alle diejenigen, die es verabscheuen, sich mit dem Mantel christlicher Heuchelei zu umgeben, besetzt diese Pharisäer. Sie alle nehmen sich ein Beispiel an ihrem Glaubensgenossen Bräutigam, der auch auf das Bibelwort „Wer zweien Räder hat, der gebe einen dem, der keinen hat“ pfeift und alle Lasten auf die Schultern der Werkstätigen abwälzt.

Arbeiter, erkennt an diesem oben gezeigten Beispiel die ganze Verlogenheit der christlichen Moral. Heraus aus der Kirche!

## Strehlen

### Unerhörte Schikanen des strehler Magistrats Die Angst vor der „Arbeiter-Zeitung“

In kaum gläublicher Weise versucht man auch der hiesige Magistrat mit seinem Bürgermeister an der Spitze gegen die revolutionären Arbeiter Sturm zu laufen. So wurde am 26. April 1931 das Aufheben eines Zeitungsständers auf dem Platz des Arbeitsamtes nach Rücksprache des Genossen Bernhardt mit dem Bürgermeister genehmigt und diese Genehmigung am 28. April 1931 auch schriftlich - allerdings auf Widerruf - erteilt. Am 3. Juni aber schon rückte man sich bemüht, diese Genehmigung ohne jegliche Begründung zu widerrufen. Wahrscheinlich hat unsere intensive Aufklärungsarbeit durch die Presse am Arbeitsamt in der kurzen Zeit das bewirkt, was man aus begreiflichen Gründen zu lägen liebt. Es werden aber Mittel und Wege gefunden werden, die diese Art Verschleisererei bei dem Magistrat illusorisch macht. Aufgabe der revolutionären Organisationen wird es jetzt sein, dem Bürgermeister und den Magistratsmitgliedern zu beweisen, daß derartige Schikanen nur Sturmrisikale sein können und man sich eines Tages auch in Strehlen nicht wundern darf, wenn die bis zum Weißbinten gebrachte Gewalt der Proleten zu Ende geht.

Die Organisationen, welche an dem Aufstellen des Zeitungsständers Interesse hatten, haben nun an den Magistrat z. B. des Bürgermeisters folgendes Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Strehlen, den 10. Juni 1931.  
An den Magistrat der Stadt Strehlen  
z. Bb. des Herrn Bürgermeisters Cmuslat  
Herr Bürgermeister!

Sie haben es für recht und nötig befunden, bei der am 3. Juni stattgefundenen Magistratsitzung einen Beschluß herbeizuführen, wonach uns das weitere Aufstellen des Zeitungsständers am Platz des Arbeitsamtes untersagt wird. Unterzeichnete Organisationen können nicht umhin, diese Art des Vorgehens des Magistrats, zu dem auch Sozialdemokraten gehören, als unerhört zu bezeichnen. Wenn Sie, Herr Bürgermeister, mit Ihren Magistratskollegen glauben, durch derartige Schikanen eine Bewegung mundtot machen zu können, so werden wir Ihnen in aller Kürze beweisen, daß Sie sich gewaltig geirrt haben. Derartige faschistische Methoden, Herr Bürgermeister, wie Sie sie neuerdings zu billigen pflegen, wird sich die Strehler Arbeiterkassette einfach nicht mehr länger gefallen lassen.

Kommunistische Partei. — Rote Hilfe. — Kampf- und gegen den Faschismus. — Revolutionäre Gewerkschaftsopposition. — Internationale Arbeiterhilfe, Ortsgruppe Strehlen.

An die Arbeiterkassette aber ergeht nunmehr der Ruf, sich mit verstärkter Kraft für die Verbreitung unserer Zeitung einzusetzen, um dem Bürgermeister und seinen Helfern den angekündigten Sturm zu erbringen.

### Heraus zur Protestkundgebung gegen die Notverordnung!

Am Montag, dem 15. Juni, früh 9,30 Uhr, findet für Strehlen Stadt und Land auf dem Ring eine große Protestkundgebung statt. Die örtlichen Organisationen marschieren geschlossen auf und treten um 9 Uhr am Reitplatz an.

## Trebnitz

### Rektor Scholz, der ungeeignete Pädagoge

Rektor Scholz gehört zu denjenigen Lehrern, die glauben, bei Protestkundgebungen ohne Notwendigkeit und Schimpfbüchlein nicht auskommen zu können. Aber darüber hinaus hat Rektor Scholz, in allem ordentlichem Sinne, als ein als Erzieher. Jedem der Vorfall zeigt aber die „wahre Liebe“ des Direktors für seinen Beruf. Ein heftiger Protest junger Leute die Pädagogen bei ihrem verächtlichen Verhalten in Greiffenberg. Da der Junge auch nicht mehr ertragen konnte, kam die Mutter an den Rektor mit dem Ersuchen, ihren Sohn doch noch eine Weile in die Schule zu lassen. Dann man nun glaubte, daß die Scholz bewirkt wurde, da dem nachher bestimmt der Junge mit seinen Eltern an die Hochschule des Unterrichts übertragen wurde. Es scheint, man hat dem Rektor erkläre Scholz: „Die Schüler sind nicht mehr in der Lage, die Erziehung zu empfangen.“

Ein Erzieher, der in der Lage ist, die Schüler zu erziehen, hat zur Erziehung anvertraut zu werden. Die Schüler sind nicht mehr in der Lage, die Erziehung zu empfangen. Der Rektor, am 2. Juni, wird darüber, daß er auch bei den Eltern, deren Sohn nicht mehr in der Lage ist, die Erziehung zu empfangen, ist es dem Direktor, daß Scholz, die Eltern zu erziehen.

## Gegen Hornhaut

Süßneraugen, verdickte Hornschwiele an Händen und Füßen hat sich „Eglin“ als überliefertes und bequemes Mittel zur gründlichen Beseitigung aller harten Hautwucherungen bestens bewährt. Packung für mehrmaligen Gebrauch mit genauer Gebrauchsanweisung 60 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

## 26 revolutionäre Arbeiter vom Odertor verhaftet

Die Angehörigen dieser Verhafteten wollen praktische Hilfe sehen. Die Rote Hilfe, Stadtteil Nord, veranstaltet deshalb am Sonntagmorgen eine Hilfsaktion im Odertor. Jeder Genosse, dem der Begriff Solidarität kein leerer Begriff ist, wird es sich angelegen sein lassen, den verhafteten Genossen zu zeigen, daß die revolutionären Klassengenossen die Verhafteten nicht im Stich lassen.

Alle Kampfgenossen erscheinen daher am Sonntagmorgen um 8.30 Uhr bei Salomon, Rosenstraße, Ecke Ottostraße.

Rote Hilfe Nord sowie sämtliche revolutionären Organisationen des Odertores.

# Roter Sport

## Vorschau für Sonntag

### Gesellschaftsspiele der roten Fußballer

Am heutigen Sonnabend tragen die roten Fußballer einige Gesellschaftsspiele aus, die durchweg interessant zu werden versprechen.

#### Fanal Nord I gegen Dynamo I

vielen um 18 Uhr auf dem Eintracht-Platz an der Trebnitzer Straße. Schiedsrichter Kuntze (Fichte) wird dieses Spiel leiten.

#### Fanal Ost I gegen Grün-Weiß I

treffen sich ebenfalls um 18 Uhr, und zwar auf dem Astoria-Platz, Diener Straße. Köstner (Dynamo) wird pfeifen. Vor diesem Spiel treffen sich die 2. Mannschaften beider Vereine, und hat hierzu Ost den Schiedsrichter zu stellen.

Obainki (Stern) hat auf der Zantholzweide um 18 Uhr

#### Fichte I gegen Fanal West I

zu pfeifen. Auch dieses Treffen dürfte seine Anziehungskraft nicht verfehlen, zeigte doch Fichte bereits am letzten Sonntag, daß sie im Kommen sind.

Am Sonntag, dem 14. Juni, Spielverbot! Die roten Fußballer bereiligen sich an den Veranstellungen der FAS!

## Musikgruppe Fichte

Alle Mitglieder der Musikgruppe treffen sich am Sonntag, dem 14. Juni, um 13,30 Uhr, am Platz der Republik. Von da geschlossener Abmarsch nach dem Lunapark in Morgenau zur Veranstaltung der FAS. Pünktliches und reifliches Erscheinen aller ist Pflicht.

Achtung!

## Union-Wacker-Sportplatz

Dienstag, den 16. Juni, großer Fußballkampf. 17 Uhr: Fanal-Ost II — Grün-Weiß II; 18,30 Uhr: Fanal-Ost I — Grün-Weiß I.

## Werbelauf der FAS.

Sämtliche Käufer für den Werbelauf der FAS, treffen sich am Sonntag um 12,30 Uhr im „Anglerheim“, Leuthenstraße.

## Auftakt zur Spartakiade in Görlitz

### Das große Sportfest der roten Sportler

Am 28. Juni findet, wie schon gemeldet, die Vorbereitung der Spartakiade für den Landesbezirk Sachsen in Görlitz statt. Aus dem Programm ist zu entnehmen, daß ein großer Aufmarsch der Sportler stattfindet. Neuerdings haben sich auch noch 50 Sportler aus Forst zur Teilnahme gemeldet. Heute kann schon mitgeteilt werden, daß am 28. Juni, von 8 Uhr ab auf dem Sportplatz Reichshof die Kämpfe ausgetragen werden. Noch nie hat Görlitz ein so reichhaltiges und gutes Programm gesehen: Fußball, Judo, Ringen, Boxen, Gymnastik usw.

In diesem Tage versuchen die Reformisten durch ihren Haß, welcher verschoben wurde, eine Gegenparole herauszugeben. In Görlitz haben sich sämtliche revolutionären Organisationen verpflichtet, an der Demonstration teilzunehmen.

Jeder Klassenbewußte Arbeiter hat sich den 28. Juni als Tag der Aktion und zur Verfügung zu stellen.

## Stern 1 — Zirlau 1 spielen in Strehlen

Die 1. Elf der Zirlauer Arbeiterfußballer hat sich für Sonntag, den 14. Juni, nach Strehlen zur Freien Sportvereinigung 1924 verpflichtet. Beide Gegner kennen sich noch nicht und dürften sich auf Grund dessen eine äußerst spannende und abwechslungsreiche Begegnung liefern. Sollte Stern I auch spielerisch den Strehlern die Waage halten, so haben letztere noch den Vorteil des eigenen Platzes. Die Zirlauer werden nicht darum herumkommen, wollen sie auf Strehlens heißem Boden bestehen, alle Register ihres Könnens zu ziehen. Ist Stern zu letzterem aufgelegt, wird auch die Strehler Sportgemeinde zufrieden gestellt sein in ihren Erwartungen. — Stern II spielt an diesem Tage um 10 Uhr in Weißstein gegen die Turner-Elf. Bei kompletter Besetzung steht Stern II vor einem neuen Erfolg.



# „Ebenso gut wie Persil-“

Wenn Ihnen das jemand sagt, dann sollten Sie mißtrauisch werden. Persil gibt es nur in der bekannten grün-weißen Packung mit dem Namen Henkel im roten Felde, niemals lose oder in anderer Packung. Weisen Sie in Ihrem eigenen

Interesse alle anderen Erzeugnisse, die Ihnen als „das-selbe wie Persil“ oder „ebenso gut wie Persil“ angeboten werden, zurück und halten Sie sich an das täglich in Millionen Haushaltungen bewährte

# Persil bleib Persil

Zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des Wassers: HENKEL'S WASH- u. Bleich-Soda.



# Sturm in der SPD.

Breslau, 11. Juni.

Der Parteitag der SPD. ist zu Ende gegangen und hat der Reichstagsfraktion überlassen, zur Notverordnung zu Herrin zu werden. Er hat den Politikern in der Reichstagsfraktion dem SPD. das vollste Vertrauen ausgesprochen. Sowohl dem Herrn Seering, als dem Herrn Wissel, den Herren Wels und Wölscher, als dem Herrn Schöppin, der Kriegsbegeisterer mit Herrn Grotzer gegen die verdamnten Bolschewiki stehen möchte. Der Parteitag ist so zu Ende gegangen wie er angefangen hat: Mit einer gewissen Hege gegen die Sowjetunion, gegen das deutsche revolutionäre Proletariat, gegen „die Leute da draußen“ und gegen die auf der Galerie. Er ist zu Ende gegangen mit der bundertprozentigen vollkommenen Kapitulation der „Linken“, der Seering, Wels und Wölscher.

Aber der katastrophale Verlauf dieser zusammengesetzten Tagung hat einen Sturm der Entrüstung bei der Arbeiterklasse, bei den SPD-Mitgliedern und SPD-Wählern ausgelöst. Das Wunder, daß die SPD-Führer mit allen Mitteln bemüht sind, die Massen mit neuen Mandat und neuen Wunschen wiederum zu betören und die Massenflucht aus der SPD, den Uebertritt zur kommunistischen Partei zu verhindern. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gibt bekannt, daß er einen „Beschluß“ gefaßt habe, und in der SPD-Presse heißt es darüber:

„Am Vortag legte der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Sein Beschluß läßt erkennen, daß er entschlossen ist, alle Kräfte einzusetzen und alle brauchbaren Wege zu beschreiten, um die der Arbeiterklasse drohenden sozialen und politischen Gefahren abzuwehren. Von der gleichen Stimmung zeugt der Beschluß, den der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am Nachmittag in einer Sitzung faßte, in der Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion anwesend waren. Partei und freie Gewerkschaften stehen Schulter an Schulter. In Einigkeit und geschlossener Front werden wir alles tun, um die Interessen der unteren Volksschichten gegen die soziale Reaktion zu wahren.“

Inzwischen verhandelt die Fraktion zunächst einmal mit der Regierung, um festzustellen, „ob und in welchem Maße die Reichsregierung zu Änderungen der Notverordnung bereit ist“. Die Reichstagsfraktion wird erst Ende dieser Woche zusammenzutreten. Die werktätigen Massen kennen schon diesen „Versuch“ der SPD-Führer, der Notverordnung, die mit ihrer Hilfe in die Welt gesetzt wurde, nachträglich als betrügerisches Mandat für die Massen die werkschließenden „Mittel“ anzusehen. Das haben die werktätigen Massen schon einmal kennen gelernt. Und die „Mittel“, die angedroht wurden, waren das Versprechen der Regierung, „denn zu wirken, daß der Reallohn der Arbeiterschaft nicht weiter sinken solle“ und daß der Brotpreis nicht weiter erhöht werde. Diese „Mittel“ ließ sich Herr Brüning und die Kommissare sehr gerne am dem Volkswort der Notverordnung ziehen. Die Untersuchungen gingen inzwischen dahin, die Löhne im verschärften Maße abzuhängen, und während Herr Brüning sich mit Wählern, Wählern und Wählern um den Brotpreis beschäftigte, mußten die Werkschließungen immer mehr die steigende Brotpreisbewegung begleiten.

Wer sehr viel versprochen hat die Herren Sozialdemokraten aber nicht von ihren parlamentarischen Mägen. Die Proleten sind zu oft von ihnen getäuscht worden, mühen sie oft den Verrat begreifen, als daß sie noch irgendwelches Vertrauen zu dieser Reichstagsfraktion und zur gesamten SPD überhaupt haben. So sehen sich denn die „Linken“ bekannten Feuerlöcher der SPD. genötigt, in die Bresche zu springen. In der „Volkswacht“ z. B. hat das Herr Wölscher. Am Dienstag schreibt er einen Artikel, dessen Titel schon ein glatter Betrug ist: „Zwischen den Entscheidungen, ein Nothwort zum Parteitag“, so nennt ihn Herr Wölscher. Dort heißt es gleich im Anfang:

„Die Entscheidung ist noch nicht gefallen. Der Parteitag in Leipzig hat das bisherige Verhalten der Reichstagsfraktion mit großer Mehrheit gebilligt, hat zur allgemeinen Tendenz unserer Politik keine Zustimmung geäußert, die Entscheidung über die kommende Taktik hat er wohl über der Fraktion überlassen müssen.“

Noch lag der Vorstand der Notverordnung nicht vor. Die Entscheidung ist gefallen auf dem Parteitag, sie war bereits fertig, noch bevor der Parteitag zusammengetreten war. Die Zustimmung des Parteitages zur Politik der Reichstagsfraktion war ja die Entscheidung, denn von der SPD-Reichstagsfraktion ist nie etwas anderes zu erwarten, als was ihre bisherige Politik überhaupt war. Der Fraktion das Vertrauen auszusprechen, heißt natürlich, ihre Taten billigen und sie auch in der Zukunft in derselben Linie billigen. Also ist die Entscheidung gefallen, und wenn Herr Wölscher schreibt, daß der Vorstand der Notverordnung noch nicht vorlag, so ist das ein altes plumper Klotzschertz. In der Tat, der „Vorstand“ lag noch nicht vor, aber der Inhalt war bereits allen bekannt. Es gab keine Zeitung in Deutschland, die nicht über die wesentlichsten Punkte der Notverordnung bereits zu Beginn des Parteitages unterrichtet war.

Dann gibt sich Herr Wölscher Mühe, den Proleten, die die Opfer dieser Notverordnung sind, Larzuzumachen, was „Staatspolitik“ ist. Und wenn noch ein Arbeiter nach dem Parteitag zweifelt und immer noch hoffte, so möge er sich folgende Worte von Herrn Wölscher, dem „Linken“, recht deutlich und nachhallig einprägen:

„Für jeden, dem die Grenzen der Tolerierungspolitik gelommen zu sein scheinen, ist es gebieterische Pflicht, zu erkennen, was jenseits dieser Grenzen liegt. Jeder muß wissen: bei der Verletzung der politischen Machtverhältnisse im Reich steht jenseits dieser Grenze keine arbeiterfreundliche, keine sozialistische Regierung, auch keine Regierung mit sozialistischer Beteiligung.“

Der erste Schluß, den man aus diesen Worten zieht, ist der, daß die Brüning-Regierung erstens eine arbeiterfreundliche, zweitens eine sozialistische oder drittens jedenfalls eine mit sozialistischer Beteiligung ist, denn „jenseits der Grenze gibt es das nicht mehr“. Der zweite Schluß ist, daß es demnach nie eine Grenze der Tolerierungspolitik für die SPD-Führer gibt. Und das ist nur zu richtig. Mit der Notverordnung, die man so hat, wie es Herr Wölscher hier tut, allerdings selten aufgezeigt findet, daß nämlich die Brüning-Regierung eine arbeiterfreundliche ist und daß es nur „schlimmer kommen könne“, wird jede Brutalität, jeder Angriff, jede reaktionäre Maßnahme gestützt, verteidigt und mitgemacht.

Als zweiter marschiert Herr Kranoth auf, seines Zeichens Chefredakteur der „Volkswacht“. Herr Kranoth spürt den Brand in der SPD, ihm ist nicht unbekannt geblieben, daß die werktätigen Massen, daß vor allem die Mitglieder der SPD, sich in einer ungeheuren Empörung befinden. Herr Kranoth schreibt von ungeheuren Empörung, die die „Linken“ Aufhäuser und Künstler auf dem

Junge Sozialdemokraten über den Parteitag der SPD.

# „Der Arzt stirbt schneller als der Patient“

In der jüngsten Mitgliederversammlung der SPD, auf der Professor Kölling den Bericht vom Parteitag erstattete, kam es zu hitzigen Kundgebungen, insbesondere von Seiten der anwesenden sozialdemokratischen Jungarbeiter gegen die Beschlüsse des Parteitages, gegen die gesamte Politik der SPD. und gegen die Behandlung der Jugendfrage auf dem Parteitag. Immer wieder wurde die Rede Köllings, der ebenso wie die Parteitagsgesamtheit die Jugend verhöhnte und beschimpfte, von energiegelassenen Protestrufen unterbrochen. Kölling selbst mußte in seiner Rede zugeben:

„Die Statistik zeigt eine Überalterung der Partei! Von der proletarischen Jugend ist der größte Teil bei den Kommunisten.“

Fortuna gestand in seinem Referat: „Vielleicht stirbt der Arzt (die Sozialdemokratie) eher als der Patient (der Kapitalismus).“ (Der Disfunktionsredner Kölling, der nicht einmal zu den sogenannten „Linken“ gehört, stellte fest: „Die Jugendfrage rief in Leipzig keine Meinungsverschiedenheiten hervor... Offenbar, daß das Referat über die Jugendfrage hielt, sprach wie ein Geheimrat. Es schloß Offenbar der jugendliche Schwarm. (Zuruf: „Und der Mann ist 1. Vorsitzender der SAJ.“). Davon bin ich unglücklich.“

Der Jungarbeiter Klmann wird von ironischen Zurufen des Vorsitzenden unterbrochen: „Man soll Anfänger auch reden lassen“. Der jugendliche Betriebsarbeiter Freier bringt die Meinung seiner Arbeitskollegen zum Ausdruck:

„Warum hat man auf dem Parteitag nicht Stellung genommen zur Notverordnung? In der „Arbeiterzeitung“ habe ich

schon zwei Tage bevor die „Volkswacht“ etwas davon schrieb, über den Inhalt der Notverordnung gelesen... Unser Feind ist der Kapitalismus, deshalb muß Schluch gemacht werden mit dem verdamnten Kongenrat.“

Der Jungsozialist Fritz Schmidt entgegnete dem Redner des Parteivorstandes: „Wenn er meint, daß alle die, die anderer Meinung sind, konsequent sein sollen, dann müssen Hunderttausende aus der Partei austreten“. Der Jungsozialist Paul Müller greift den Parteivorstand der SAJ. scharf an, er führte aus: „Souds haben hier zwei junge Genossen zu sprechen versucht, ich verurteile es, wenn der Vorsitzende sie durch ironische Bemerkungen der Lächerlichkeit preisgegeben verurteilt. Unter Offenbauers Leitung ist die SAJ. von Hunderttausend auf 55 000 zurückgegangen (die SAJ. hat heute bereits auch keine 55 000 Mitglieder mehr, sondern nur 40 000, d. Red.). Heute löst man die jungsozialistischen Gruppen auf, weil sie wirklich revolutionär sind und dann stellt man fest: „Mitgliedertilgung der Jungsozialisten!... Man wirft uns starren Marxismus vor, ich wünschte, daß der Parteivorstand nur etwas vom starren Marxismus hätte. Die Lage wäre anders für die Arbeiterschaft.“ (Beifall.)

Die sozialdemokratischen Bonzen setzten nach dem Parteitag noch stärker ihre Politik gegen die Jugend fort. Nicht nur in Frankfurt, sondern im ganzen Reich erfolgt die Antwort der jungen sozialdemokratischen Arbeiter. Mehr und mehr verfolgen sie auch den „Linken“, wie Seydewitz und Rosenfeld, die Gefolgschaft. Von der Rebellion gehen sie den Weg des revolutionären Klassenkampfes. Hunderte sozialdemokratischer Jungarbeiter haben bereits unmittelbar vor und nach dem Parteitag der SPD. und SAJ. den Rücken gekehrt und sind zum kommunistischen Jugendverband gekommen. Es werden Tausende werden!

# Wie die Verbotshetze betrieben wird

„Kommunisten schießen bereits von den Dächern“ — unter solchen Schlagzeilen betreibt die kapitalistische Presse die Verbotshetze gegen die SPD. Die unumstößliche, blutige Niederschlagung der zahllosen Hungerdemonstrationen wird dazu ausgenutzt, die tollsten Lügenmeldungen in die Welt zu setzen. Dabei wird so stark aufgetragen, daß sich sogar die „Volkswacht“, ein Organ, das selbst eine infame Hege gegen die kommunistische Partei betreibt, gegen die wütendsten Lügenmeldungen wenden muß. Das Blatt schreibt am 12. Juni:

„Da werden von Nachrichtenagenturen bedenkenlos Meldungen über blutige Kämpfe zwischen Demonstranten und Polizei verbreitet, die bei genauer Nachprüfung sich geradezu als erfinden herausstellen oder als grobste Übertreibung.“

So war es zum Beispiel mit den Nachrichten über den blutigen Verlauf einer Demonstration in Reichswasser, wo angeblich sieben Schupolizei schwer verletzt sein sollten, während in Wirklichkeit ein Schupolizei eine Schramme erlitten hat. Nicht nur in diesem Falle konnte festgestellt werden, daß man am Ort der Begebenheit von den blutigen Ereignissen keine Ahnung hatte, die durch Nachrichtenagenturen an die deutschen Zeitungen, aber auch ins Ausland gemeldet worden waren und einen zumindest verzerrten Eindruck von den Zuständen im Reichland hervorzurufen mußten. Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, daß diese teils erfundenen, teils maßlos übertriebenen Darstellungen nicht ohne Absicht lanciert werden.“

So weit die „Volkswacht“. Nun, die Arbeiterschaft weiß, mit welchen Absichten diese Lügenberichte herausgegeben werden. Die faschistische Diktaturverordnung, die der Arbeiterschaft die letzten politischen Rechte geraubt hat, genügt den Volksausplünderern noch nicht. Noch schärfere Unterdrückungsmaßnahmen sollen den Schrei der Hungernden ersticken.

Die Arbeiterschaft, das gesamte werktätige Volk muß sich der Hege der Volksfelle entgegenstellen, den Kampf gegen Ausplünderung und politische Unterdrückung verstärken.

# 140 Neuaufnahmen in einer Woche

allein im Unterbezirk Recklinghausen

Essen, 11. Juni. (Sig. Ber.) In der Woche vom 1. bis zum 7. Juni sind im Unterbezirk Recklinghausen 140 werktätige der SPD. beigetreten. Unter diesen befinden sich 42 Betriebsarbeiter, 20 Frauen und 78 Erwerbslose. In Hochtun wurde eine neue Ortsgruppe gegründet, der jetzt schon zehn Genossen angehören.

# Organisiert Masseneintritt in die RGO

Parteitag eingebracht haben und die der Reichstagsfraktion freie Hand läßt, folgendes:

„Wenn man diese Entschliebung Künstler-Aufhäuser ansieht, so muß man zu der Auffassung kommen, daß die Reichstagsfraktion ihr nur gerecht werden kann, wenn sie die neue Notverordnung, so wie sie gegenwärtig ist, ablehnt und mit aller Kraft für ihre entscheidende Umgestaltung kämpft.“

Nicht zweifelhaft sein kann es aber, daß die Notverordnung so, wie sie nun wirklich aussieht, von uns nicht hingenommen werden kann. Denn die Notverordnung steht in Wirklichkeit nicht nur wesentlich anders aus, als nach den Ankündigungen erwartet werden durfte (als wenn diese Banditen nicht genau wüßten, wie diese Notverordnung aussehen würde. D. Red. d. „V.“), sie ist auch zweifellos ein äußerst reaktionäres Gesetz, bringt schwere neue Belastungen der Arbeiter und ist im höchsten Maße sozial ungerecht.“

Dann folgt eine rabidate Phrasen nach der anderen, und die unverbesserlichsten Optimisten unter den SPD-Arbeitern fangen vielleicht schon wieder an, ein bißchen Hoffnung zu fassen, daß die SPD. und die freien Gewerkschaften nun endlich Front machen gegen die Brüning-Politik und den entscheidenden Kampf aufnehmen. Aber dann kommt es, und zwar gleich ganz bide.

„Das kann aber nur auf parlamentarischem Wege geschehen. Denn dazu ist mindestens eine eingehende Ausschüßberatung notwendig... es wäre zwar völlig unnützig, wenn man jetzt einfach die völlige und sofortige Aufhebung der ganzen Verordnung verlangen würde.“

Und für die bösen oppositionellen Mitglieder, die absolut nicht hören wollen, hat auch Herr Kranoth gleich wieder den schwarzen Mann:

„Es ist daher sehr wohl möglich, daß im Reichstag zwar die Aufhebung dieser Notverordnung zustande kommt, daß aber der Erfolg für sie noch u sozialer, noch arbeiterfeindlicher ausfällt, daß die Arbeitslosenversicherung noch stärker abgebaut werden wird usw.“

Und in der Ausgabe vom Donnerstag der „Volkswacht“ im Kommentar zu dem Fraktionsvorstandsbeschlusse spürt Herr Kranoth wieder einmal, wie sehr ihm und den anderen SPD-Bonzen das Feuer unter dem Arsch brennt. Dort lesen wir:

„Daß sich während seiner (Brüning's) Reise ein wahrer Sturm aufgemacht hat, der sehr leicht eine alles zerstörende Kraft entfalten kann, wird ihm nicht rechtzeitig durch entsprechende Maßnahmen entgegnet.“

Da zittern sie, die Volkswörter, die Betrüger und Phrasente und Dalaien des Kapitalismus vor dem Sturm der Werktätigen, der sich im ganzen Lande erhebt.

Was Herr Wölscher und Herr Kranoth in der „Volkswacht“, das sind die Ed. und Ziegelsteine in den Mitgliederversammlungen. Dort beschreiben sie wieder ihre rabidalen Phrasen, die beiden „Seiden“ des Parteitages, dort versuchen sie wieder die Stimmung

zu halten. Aber vergeblich. Vor einigen Tagen meldeten wir, daß die Abteilungsversammlung Nikolaiter ein einziger Brodeln der Kessel der Empörung gewesen ist. Nicht so sehr der Empörung über die SPD-Bürokratie und die Reichstagsfraktion, von der keine mehr etwas Gutes erwartet, als die Empörung über den schmachvollen Verrat und die schmachvolle Kapitulation der Ziegler und Konforten. Der Sturm der Empörung greift um sich, und wenn in der Versammlung ein Disfunktionsredner erklärte, wir müssen geschlossen aus der SPD. zur SPD. über-treten“, so zeigt das angeht die Verhegung, die durch die SPD-Führer und wiederum gerade durch die „Linken“ betrieben wurde, wie weit schon die Empörung und Rebellion auch in der Breslauer SPD. geüben ist. Da hilft es keinem Ziegler mehr, wenn er in seinem Schlusswort nach der schnell abgewürgten Diskussion erklärt, daß die SPD-Mitglieder in der SPD. „erst recht nichts zu sagen hätten, denn wer dort etwas gegen die Führer sagt, wird glatt hinaus geschmissen“. Zu billig, zu abgeleiert sind diese „Argumente“, die die ganze Hilflosigkeit der linken Feuerlöcher zeigen.

Es hilft ihnen auch nichts, wenn sie versuchen, die Meldungen und Berichterstattung der „Arbeiter-Zeitung“ abzuleugnen und abzuschweifen. Die Tatsachen lassen sich nicht aus der Welt schaffen, und welche Wirkung unsere Berichterstattung auf die SPD-Arbeiter hat, das zeigt am besten der kämpfste Versuch, sie abzuleugnen. Aber die Mitglieder erkennen den Betrug, erkennen die Lügenhege und die Bestrebungen, eine gemeinsame Front aller Ausgebendeten zu verhindern, und sie wissen, daß diese Kräfte im Dienste der Reaktion, im Dienste Brüning's und der Notverordnungspolitik stehen.

In den Reihen der kommunistischen Partei, die als starke Organisation einen entscheidenden und entscheidenden Kampf führt, ist der Platz für alle Werktätigen, in der Platz für die sozialdemokratischen Arbeiter, die ihr Klassenbewußtsein noch nicht verloren haben, die kämpfen wollen und die immer noch hoffen, daß auch ihre „linken“ Führer den Kampf wollen. Der Parteitag hat diese Hoffnungen zerstört, und die Haltung der Wortführer der SPD-Proleten bei den kommenden Abstimmungen über die Reichstagsabänderung und über die Notverordnung wird auch die letzten Ueberbleibsel restlos beseitigen. Die Herren Seydewitz, Eckstein und Ziegler, alle diese „stolzen Neun“, die so heroisch „ausgebrochen“ sind, werden sich gemäß den Reichstagen des zusammengesetzten Parteitages bei den kommenden Abstimmungen wie getretene Fabeln den Wünschen der Herren Wels und Seeringmann und damit Herrn Brüning fügen und dabei auch den letzten Glorienschein ihres „linken“ Selbsttums verlieren.

Vor den sozialdemokratischen Arbeitern steht aber die Frage einbringlicher als je, Schluch zu machen mit dieser Partei des Sozialfaschismus, der Partei der Brüning-Mächte und Panzerkreuzer, der Partei der Wissel, Seeringe und Seeringmann, der Kriegsaufrüstung und Kriegshege, des Lohn- und Unterstützungsraubes. Schluch zu machen mit den Verrätern und mit dem gesamten werktätigen Volk den Kampf aufzunehmen unter der Führung und in den Reihen der kommunistischen Partei!

# Rundfunk-Programm

**Sonntag, 14. Juni.**  
 7.00: Morgensonnen auf Schallplatten.  
 8.45: Glodengedicht der Christuskirche.  
 9.00: Morgensonnen auf Schallplatten.  
 10.00: Evangelische Morgenfeier.  
 11.00: Gartenarbeit: Kreis: Sebn, Minuten für den Kleingärtner.  
 11.10: Tierärztliche Sprechstunde: Bericht über die D.B.G.-Ausstellung Hannover: Abteilung Schweine.  
 11.30: Leipzig: Buchantate: Die Himmel rühmen die Ehre Gottes.  
 Mitw.: Städt. u. Gewandhausorchester, Thomaskantor, Solisten: Anna Kustorp (Soprano), Ella Hartwig-Correns (Alt), G. A. Müller (Tenor), Prof. Fischer (Bass).  
 12.20: Aus des Meisters Brodem Remter auf der Marienburg.  
 700-Jahr-Feier in Anwesenheit des Herrn Reichspräsidenten.  
 13.00: Adnatsberg: Mittagskonzert des Funforchesters.  
 14.00: Mittagsberichte.  
 14.05: Schwafel.  
 14.20: H. Kobi: Briefmarkenerheizerzuna.

14.30: Marktstele Wäckerl: Die Frau in der Erwerbsvermittlung.  
 15.00: Gleich: Reichstagung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes.  
 15.40: E. Bajt: Gespräche mit jungen Arbeitern.  
 16.05: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle.  
 17.35: S. Öbering: Für das Theater.  
 18.00: Stadion Köln: Hertha-BSC-Berlin - München 1860. Endspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft.  
 18.45: Dora Salomon: Max Dautbendts. Novellen und Gebichte.  
 19.05: Wetter für die Landwirtschaft.  
 anstl. Kleine Klaviermusik. Franz Bollen.  
 19.30: Wetter. - anstl.: Der Sport am Sonntag.  
 19.35: Dr. Großewahl: Mit „Graf Zeppelin“ ins Polargebiet.  
 20.00: Obier Köppen liest aus eigenen Werken.  
 20.35: Von der Galliarde bis zum Boston. Die Entwicklung des Balzars. Schillerische Philharmonie.  
 22.30: Hörberichte auf Schallplatten. Köln: L.-B. Krefeld-Doppum - Id. Berlin. Endspiel um die deutsche Turner-Damenhandballmeisterschaft. 2. Halbzeit.  
 23.00: Berlin: Lammspiel der Kapelle Illa Stoschloff.

**Montag, 15. Juni.**  
 9.05: Gleich: Schulfunk: Radio im Zeitungsbetrieb.  
 15.20: Kindzeituna: Der Frühlings und der Herbstsonnet.  
 15.45: Das Buch des Tages: Von der Jugend für die Jugend.  
 16.00: Operarien. Jemgard Prell (Soprano), C. Popewitz (Frl. gel.).  
 16.30: Ruffee Vaterland: Unterhaltungsmusik der Kapelle Amal-Genrids.  
 17.30: Landwirtschaftlicher Preisbericht. - anstl. Dr. Wilt: Kulturfragen der Gegenwart.  
 17.50: Prof. Dr. R. Stern: Sparame und schgemäße Ernährung.  
 18.15: Das wird Sie interessieren!  
 18.30: Fremdsprache.  
 18.45: Enallia.  
 19.00: Wetter für die Landwirtschaft. - anstl. Balalaka-Komert. Abendmusik auf Schallplatten.  
 19.30: Wetter. - anstl. S. Bahlinger: Der Mensch in der Einlamtell des Alls.  
 20.00: Berlin: Orchesterkonzert des Funforchesters.  
 21.00: Abendberichte.  
 21.10: Der Kampf um den Himmel. Hörspiel von Schörlauer.  
 22.20: Rebatteur Otto: Hochbetrieb in der deutschen Reichstathletik.  
 22.35: Funktioneller Briefkasten.

# Johannistfest

## Das Fest der schlesischen Heimat

**Heute Sonnabend nachmittag 4 Uhr Eröffnung**  
 von Sonnabend, den 13. bis Sonntag, den 28. Juni 1931 - Gegenüber der Jahrhunderthalle  
**Dressierte GIsären! mit großer Raubtierschau Böwengruppe!**  
 Morgen Sonntag, 14. Juni, ab 8 Uhr!  
 4.45 Uhr: **Auffstieg der Lustakrobatin Elvira Wilson** mit ihrem Freiballon  
 5 Uhr: **Fußball-Repräsentationskampf** zweier Auswahlmannschaften A-Siga-B-Siga  
**Riesenprachtf Feuerwerk** mit sensationellen pyrotechnischen Darbietungen  
**Niegelebene Schaustellungen Täglich große Sportlämpfe**  
 Eintrittspreise ermäßigt! Erwachsene 20 Pfg., Kinder 10 Pfg. Sonn- und Feiertage 30 Pfg., Kinder 10 Pfg. Dauerarten, für alle Tage gältig, Erwachs. 2.-, Kinder 1.- bei Barzahlung. Die „Johannistfestzeitung“ mit dem offiz. Fest- u. Sportprogramm ist überall erhältlich.

**Vergnügungs-Palast Broadway**  
 Gartenstraße 65  
 Täglich 8 Uhr  
 Deutschlands beste „Damen-Kapelle“  
 „Dauer Negro“  
 Spiritual-Singers  
 Varieties-Einlagen  
 Tanz Ors  
 Eintritt 50 Pfg.  
 Sonnab. und Sonntag 30 Pfg.

**Neu eröffnet! ELYSIUM**  
 Breslau - Morgenau  
**Das herrliche Park-Restaurant**  
 Verblüffend billige Preise  
 bei guter Unterhaltungs - Musik

**Konzert- und Gesellschaftshaus Theodor Stelle**  
 Breslau 24, Gräbschen / Tel. 32824  
 Straßenbahnlinie 10  
 Konzert und Tanz  
 sowie größere Garten-Veranstaltungen  
 Näheres siehe Anschlagssäulen u. Tageszeitungen

**Fleischerei und Wurstfabrik Kurt Weid**  
 Kl. Tschansch, Karl-Marx-Str. 32

**L.J. Kristeller, Glogau, Markt 45**  
 Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung

**Radrennbahn Grüneiche**  
 Sonntag, 14. Juni, 16 1/2 Uhr  
**Großer Preis vom Johannistfest**  
**Dauerrennen über 90 km**  
 mit 6 Fahrern  
 Außerdem große **Fliegerrennen**  
 Sitzplätze 2,25 bis 4,50  
 Stehplätze 0,75 bis 2.-  
 Training: Haupt ab 8 Uhr

**Zum Jägerheim, Margareth**  
 Bes.: J. Rindfleisch Tel. Gr. Nädlitz 12  
 Großer schattiger Garten mit neu erbauter Kolonnade und Fremdenzimmer, Parkettsaal, Spielwiese. Direkt am Walde und an der Oder gelegen. Für Vereine und Schulen vorzüglich geeignet.  
 Dampferverkehr ab Freiheitsbrücke (Ohlauufer) sowie Autobus ab Linie 18

**Anglerherberge** **W. Schmidt**  
 Garten- u. Tanzlokal / Großer öffentl. Tanz  
 Bei schönem Wetter jeden Sonntag und Freitag Garten-Konzert  
 Jeden Freitag: Großes Kinderfest  
 Spezialität: GIsbeine, Backfische / Saal für Festlichkeiten aller Art noch frei  
 Paul Kretschmer

**Herm. Schölzel, Kl. Tschansch**  
 Karl-Marx-Straße 33  
 Fahrräder / Motorräder

**Kauft Papierwaren nur bei S. Neufeld, Glogau**  
 Hohenzollernstraße 12

**Gaststätte „Zur Erholung“**  
 Weischwitz  
**Jeden Sonntag TANZ**  
 Jazzband - Kapelle  
 Gute Verpflegung. Großer schattiger Garten  
**Adolf Pietsch**

**„Riviera“**  
 Eichenparkstraße 41  
 jeden Sonntag:  
**Freikonzert u. Tanz**  
 Saal für Hochzeiten und Vereine gratis  
 Besitzer: Alf. Hanusa

**Milch- und Molkeerzeugnisse**  
 empfiehlt  
**F. Justus, Breslau, Löschstr. 13**

**Schuhe**  
 nur von **Koschany**  
 Liegnitz, Haynauer Str. 8

**Empfehle meine pr. Fleisch- und Wurstwaren**  
**Karl Rötter, Glogau**  
 Kupferschmiedestraße 6

**Achtung! Achtung!**  
 Wo ist der schönste Aufenthalt für Arbeiter?  
 Bei **Richard Kirsch, Steinstraße, Ende Hubens.**  
 Im schönen schattigen Garten  
**Jeden Sonntag Frei-Konzert**  
**Jeden Sonntag Tanz**  
 Gute Getränke  
 Belästigungen für jung und alt  
 Es ladet ergebnst ein  
**Der Besitzer**

**Engwichts Festsäle, Schmiedefeld**  
 jeden Sonntag  
**Großer Schleifen- u. Tourentanz**  
 Küche und Keller bieten das Beste  
 Saal an Vereine für Festlichkeiten noch zu vergeben  
 Es laden ergebnst ein  
**Gustav Engwicht und Frau**

**Wäsche** aller Art  
 nur bei **Lutz Manneberg**  
 Breslau, Reuschestraße 45

**Schlagschänke Kroisdwitz**  
 empfiehlt seine Lokalitäten und Garten für Vereine und Ausflügler  
 Euer Lokal ist das **Gast- u. Weinhaus Alfred Mayer**  
 Sommerfrische, Fremdenzimmer  
**Königshain, Grenze (b. Liebau)**

**Neu eröffnet! Eisdielen am Schloßplatz Glogau**  
 bester und billigster Aufenthalt  
 Musikalische Unterhaltung  
 Geöffnet bis 1 Uhr nachts

**Christoph Hämmer**  
 Breslau, Lehmgrabenstraße 5  
**Meikerei, Milchgroßhandlung**  
 Groß- und Kleinverkauf

**Brauerei und Ausschank Zum großen Meerschiff**  
 Inhaber Erich Vogel, Hauptstr. 28 (1. Mi. v. Köhnpfplatz)  
 Ausschank nur selbstgebrauter Biere  
 Ausschank gute Küche - Mittagslich von 12-3 Uhr

**Warum mehr zahlen?**  
 Ballonräder 75, 63  
 Eit u. Jodel 95, 79  
 Dam.u. Herr 59, 49, 37  
 Rahmen 29, 25, 17  
 Torpedo, echt 9,95  
 Vorderzab. 2,95  
 Gabel 2,50, Reil 8  
 Bedale 85, Kette 75  
 Contidecke 2,65  
 Garantieschlauch 1,25  
 Schlauchreif-L 5,50  
**Mahn, Katharineustr. 18**

**J. C. E. Boehm, GmbH, Sagan**  
 Alter Ring 18 Fernspr. 219  
 Vorteilhafte Bezugsquelle von Eisenwaren, Werkzeugen, Gartengeräten, Haus- und Küchenartikel aller Art

**Ein Versuch wird Sie überzeugen, daß Sie bei uns Ihre MÖBEL**  
 stets gut und preiswert, bei großer Auswahl in jeder Holz- und Stoffart, auch zu erleichterten Zahlungsbedingungen kaufen  
**Vereinigte Tischlermeister**  
 Sagan, e. G. m. b. H., Gymnasialstr. 7 Besichtigung ohne Kaufzwang

**Romanti**  
 Der köstliche Apfelwein  
 Altkorn

**MATRATZEN-KINDERBETTEN METALLBETTEN**  
**Reier & Olowinsky**  
 HERRENSTR. 31 u. SCHWEIDN. STR. 10-11